

Stenographisches Protokoll

386. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Freitag, 22. Juni 1979

Tagesordnung

1. Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesrates und zweier Ordner für den Rest des ersten Halbjahres 1979
2. Erklärung der Bundesregierung
3. Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das zweite Halbjahr 1979
4. Ausschußergänzungswahlen

Inhalt

Bundesrat

Mandatsniederlegung der Bundesräte Wanda Brunner (Tirol); Heinzinger, DDr. Gmoser (Steiermark); Hesoun (Niederösterreich); Käthe Kainz, Koppensteiner (Kärnten); Dr. Lichal, Dkfm. Löffler (Niederösterreich); Pischl (Tirol); Radlegger (Salzburg) und Tirnthaler (Steiermark) (S. 13642)

Angelobung der Bundesräte Dipl.-Ing. Berl, Ing. Eder, Göschelbauer (Niederösterreich); Dkfm. Dr. Heger (Salzburg); Dr. Helga Hieden, Dr. Hofer (Kärnten); Dr. Keller (Tirol); Köpf (Salzburg); Kräutl (Steiermark); Ing. Maderthaner (Niederösterreich); Mayer (Salzburg); Nigl (Steiermark); Raffl (Tirol); Dr. Schambeck, Schickelgruber, Schipani, Steinle, Stocker, Votruba, Windsteig (Niederösterreich) und Dr. Wabl (Steiermark) (S. 13642)

Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesrates und zweier Ordner für den Rest des ersten Halbjahres 1979 (S. 13643)

Wahl des Büros des Bundesrates für das zweite Halbjahr 1979 (S. 13673)

Schlußansprache des Vorsitzenden Göschelbauer (S. 13675)

Bundesregierung

Zuschriften des Bundeskanzlers Dr. Kreisky betreffend die Amtsenthebung, die einstweilige Fortführung der Geschäfte und die neuerliche Ernennung der bisherigen Bundesregierung (S. 13643 bzw. S. 13676)

(2) Erklärung der Bundesregierung: Vizekanzler Dr. Androsch (S. 13643) – Debatte: Dr. Schambeck (S. 13651) und Dr. Anna Demuth (S. 13668)

Landtage

Noten (S. 13678)

Ausschüsse

Ausschüßergänzungswahlen (S. 13674) – Verzeichnis der neu- bzw. wiederbesetzten Ausschüßmandate (S. 13681)

Zuweisungen (S. 13674)

Tagesordnung

Ergänzung und Umreihung (S. 13643)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Erika Danzinger und Genossen (346/A.B. – Br/79 zu 374/J-Br/79)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Bundesräte Pischl und Genossen (347/A.B. – Br/79 zu 375/J-Br/79)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Skotton:**
Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 386. Sitzung
des Bundesrates.

Das Protokoll der 385. Sitzung des Bundesra-
tes vom 15. März 1979 ist aufgelegt, unbean-
standet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich begrüße den im Haus erschienenen Herrn
Vizekanzler und die Mitglieder der Bundesre-
gierung sehr herzlich. *(Allgemeiner Beifall.)*

Infolge Mandatsverzichte beziehungsweise
auf Grund von Neuwahlen sind folgende
bisherige Mitglieder des Bundesrates ausge-
schieden:

Wanda Brunner,
Walter Heinzinger,
DDr. Rupert Gmoser,
Josef Hesoun,
Käthe Kainz,
Gerhard Koppensteiner,
Dr. Robert Lichal,
Dkfm. Robert Löffler,
Karl Pischl,
Wolfgang Radlegger und
Rudolf Timthal.

Neu- beziehungsweise wiedergewählt zu
Mitgliedern des Bundesrates wurden:

Dipl.-Ing. Franz Berl,
Ing. Anton Eder,
Michael Göschelbauer,
Dkfm. Dr. Hans Heger,
Dr. Helga Hieden,
Dr. Herwig Hofer,
Dr. Heinrich Keller,
Peter Köpf,
Adolf Kräutl,
Ing. Leopold Maderthaner,
Johann Mayer,
Anton Nigl,
Anton Raffl,
Dr. Herbert Schambeck,
Hans Schickelgruber,
Hellmuth Schipani,

Stefan Steinle,
Franz Stocker,
Traude Votruba,
Dr. Martin Wabl
und Johann Windsteig.

Von einer Verlesung der diesbezüglichen
Noten der Landtage sehe ich ausnahmsweise ab.
Der volle Text dieser Schreiben wird jedoch im
Stenographischen Protokoll der heutigen Sit-
zung wiedergegeben werden. *(S. 13678)*

Angelobung

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Skotton:** Die
neuen beziehungsweise wiedergewählten Mit-
glieder des Bundesrates sind im Hause anwe-
send. Ich werde daher sogleich ihre Angelobung
vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die
Frau Schriftführer werden die Bundesräte über
Namensaufruf die Angelobung mit den Worten
„Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verle-
sung der Gelöbnisformel und anschließend um
den Namensaufruf.

*Schriftführerin Leopoldine Pohl verliest die
Gelöbnisformel. – Die Bundesräte Dipl.-Ing.
Berl, Ing. Eder, Göschelbauer, Dkfm. Dr. Heger,
Dr. Helga Hieden, Dr. Hofer, Dr. Keller, Köpf,
Kräutl, Ing. Maderthaner, Mayer, Nigl, Raffl, Dr.
Schambeck, Schickelgruber, Schipani, Steinle,
Stocker, Traude Votruba, Dr. Wabl und Wind-
steig leisten die Angelobung mit den Worten
„Ich gelobe“.*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Skotton:** Ich
begrüße die neuen beziehungsweise wiederge-
wählten Bundesräte herzlich in unserer Mitte
und bitte den neuangelobten und alten Vorsit-
zenden des Bundesrates, den Vorsitz wieder zu
übernehmen. *(Allgemeiner Beifall. – Vorsitzen-
der Göschelbauer übernimmt die Verhand-
lungsleitung.)*

Einlauf

Vorsitzender **Göschelbauer:** Eingelangt sind
drei Schreiben des Bundeskanzlers betreffend
die Amtsenthebung, die einstweilige Fortfüh-
rung der Geschäfte und die neuerliche Ernen-
nung der bisherigen Bundesregierung.

Vorsitzender Göschelbauer

Mit Rücksicht darauf, daß dabei keine personellen Veränderungen eingetreten sind, sehe ich auch in diesem Falle ausnahmsweise von einer Verlesung der Noten ab. Der volle Text dieser Schreiben wird jedoch ebenfalls im Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung wiedergegeben werden. (S. 13676)

Eingelangt sind ferner zwei Anfragebeantwortungen, die den Fragestellern übermittelt wurden.

Die Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Ergänzung und Umreihung der Tagesordnung

Vorsitzender: Auf Grund der vom Salzburger und Niederösterreichischen Landtag durchgeführten Wahlen in den Bundesrat ergänze ich die ausgegebene Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt:

Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesrates und zweier Ordner für den Rest des 1. Halbjahres 1979.

Ergibt sich gegen die solcherart ergänzte Tagesordnung ein Einwand? – Es ist dies nicht der Fall.

1. Punkt: Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesrates und zweier Ordner für den Rest des 1. Halbjahres 1979

Vorsitzender: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt:

Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesrates und zweier Ordner für den Rest des 1. Halbjahres 1979.

Wird die Durchführung der Wahl mittels Stimmzettel gewünscht? – Es ist dies nicht der Fall.

Ich werde daher die Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden durch Erheben von den Sitzen und die Wahl der Ordner durch Handzeichen vornehmen lassen.

Es liegt mir der Vorschlag vor, für den Rest des 1. Halbjahres 1979 Bundesrat Dr. Herbert Schambeck zum Vorsitzenden-Stellvertreter zu wählen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage den Gewählten, ob er die Wahl annimmt.

Bundesrat Dr. **Schambeck:** Ich nehme die Wahl an!

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr zur Wahl der Ordner.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Johann Mayer und Hellmuth Schipani für den Rest des 1. Halbjahres 1979 zu Ordnern des Bundesrates zu wählen.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. – Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Auch dieser Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen?

Bundesrat **Mayer:** Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat **Schipani:** Ich nehme die Wahl an.

2. Punkt: Erklärung der Bundesregierung

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erklärung der Bundesregierung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler. Ich erteile ihm dieses.

Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Die Wertschätzung, die die Bundesregierung dem Bundesrat entgegenbringt, veranlaßt uns, Ihnen die Regierungserklärung, die gemäß Artikel 70 Abs. 3 der Bundesverfassung dem Nationalrat in dieser Gesetzgebungsperiode vorzutragen ist, in gestraffter Form zur Kenntnis zu bringen. Damit erlaube ich mir, im Namen der neuen Bundesregierung den Bundesrat aus erster Hand über die Absichten während der eben begonnenen Gesetzgebungsperiode zu informieren.

Das österreichische Volk hat am 6. Mai 1979 nicht nur eine eindeutige politische Entscheidung getroffen, sondern sich darüber hinaus in bemerkenswertem Ausmaß an der Wahl zum Nationalrat beteiligt. Dieser Umstand widerlegt die Behauptungen über eine angebliche Staatsverdrossenheit oder Politikmüdigkeit.

Die Bundesregierung widmete schon bisher dem Verhältnis des Staatsbürgers zum Staat besondere Aufmerksamkeit und wird dies in noch größerem Maße auch in Zukunft tun. Die Bundesregierung beabsichtigt, eine Durchforstung der staatlichen Vorschriften und Verbote

13644

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

in unserer Rechtsordnung zu initiieren, um sich auch hier um ein größeres Ausmaß an Liberalität zu bemühen.

In Verfolgung dieses Gedankens hält die Bundesregierung auch den Zeitpunkt für gekommen, die jahrelangen Arbeiten an einem neuen Grundrechtskatalog, der in unserer Zeit auch die sozialen Grundrechte zu umfassen hätte, einem Abschluß zuzuführen.

Die Bundesregierung sieht in der Sicherung des gleichen Zugangs zum Recht ohne Unterschied des Vermögens, der Bildung und der gesellschaftlichen Stellung eine vorrangige Aufgabe.

Die Menschen müssen ihre Rechte kennen, um sie geltend machen zu können, das erfordert weitere Initiativen in Richtung einer auskunftsfreundlichen Justiz.

Die Kosten des Rechtsschutzes müssen zumutbar und tragbar sein. Umfassende Reformen der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verfahrensgesetze werden dem einzelnen die Rechtsdurchsetzung erleichtern. Die Verbesserung des sozialgerichtlichen Verfahrens, der Ausbau der Verfahrenshilfe und der Ersatz der Verteidigerkosten bei Freispruch werden Schwerpunkte dieser Verfahrensreformen sein.

Auch in der staatlichen Verwaltung wird unser Ziel der „informierte Bürger“ sein. Die Verwaltung soll dem Bürger dienen, sie soll sparsam und beweglich sein. Reste obrigkeitlicher Strukturen sollen weiter abgebaut und die Grundlagen für den optimalen Einsatz jedes einzelnen Bediensteten geschaffen werden. Eine dieser Grundlagen stellt ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Besoldungssystem dar.

Der Ausbau der direkten Demokratie ist eine der Maßnahmen, mit denen die Mitwirkungsrechte des Staatsbürgers erweitert werden sollen. Die Bundesregierung wird sich in voller Übereinstimmung mit dem Programm der Regierungspartei für eine Ergänzung der Einrichtungen unserer repräsentativen Demokratie einsetzen. Bei der Unterstützung von Bürgerinitiativen ist aber auch auf gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen Bedacht zu nehmen.

Bezüglich der Durchführung von Volksbegehren wird die Bundesregierung prüfen, inwieweit deren Einleitung noch erleichtert werden kann.

Die Bundesregierung tritt für eine stärkere Verankerung des Prinzips der Demokratie auch auf der Ebene der politischen Bezirke ein.

Es ist der Bundesregierung vollkommen bewußt, daß nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Kontrolle der Verwaltung zu den grundlegenden Aufgaben des Nationalrates

zählt. Die Bundesregierung ist gerne bereit, den Mitgliedern des Nationalrates und Bundesrates diese Aufgabe zu erleichtern.

Die Bundesregierung bekennt sich zum Gedanken des kooperativen Bundesstaates. Sie wird die Gespräche über das Forderungsprogramm der Bundesländer fortsetzen, muß aber geltend machen, daß auch ihrerseits Forderungen erhoben werden. Weiters wird die Bundesregierung in dazu geeigneten Bereichen den Abschluß von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern im Sinne des Artikels 15 a vorschlagen.

Die Beziehungen des Bundes zu den Gebietskörperschaften erschöpfen sich aber nicht in den Beziehungen des Bundes zu den Ländern. Sie umfassen auch in besonderem Maße die Beziehungen zu den Gemeinden. Die Gemeinden entsprechen infolge ihrer Bürgernähe dem Gedanken der demokratischen Dezentralisation am ehesten und unmittelbarsten.

Der Anteil an den Investitionen der Gebietskörperschaften, der durch die Gemeinden in Angriff genommen werden muß, beträgt 60 Prozent und ist demgemäß außerordentlich hoch. Es muß daher weiterhin die Sorge der Bundesregierung sein, der Wirtschaftskraft der Gemeinden Rechnung zu tragen.

Hoher Bundesrat! Zwischen dem Bundesparteivorsitzenden der SPÖ und Bundesparteiobermann der ÖVP ist Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß es unter anderem eine Neuregelung der Besteuerung der Politikergelälter und der obersten Organe sowie einen Abbau der Steuerbegünstigungen für Funktionsgebühren aller Art, eine Neuregelung der Aufsichtsratsgebühren und eine Reform der Unvereinbarkeitsbestimmungen geben soll. Dabei wird davon ausgegangen, daß diese Regelungen auch für alle Gebietskörperschaften in analoger Weise zu gelten haben.

Hoher Bundesrat! Die Bundesregierung anerkennt die öffentliche Aufgabe der Medien als Träger der für eine demokratische Gesellschaft notwendigen Information und Meinungsvielfalt. Deshalb wird die Bundesregierung der materiellen Situation der Presse auch in Zukunft besondere Beachtung schenken.

Ein neues Mediengesetz wird der Informationsaufgabe der Medien gegenüber der Öffentlichkeit Rechnung tragen und die Privatsphäre des einzelnen wie die Freiheit der journalistischen Berufsausübung besser schützen.

Das Auftreten neuer elektronischer Medien wie Kabel- oder Satellitenkommunikation wirft zahlreiche Probleme in bezug auf das Urheberrecht und die Meinungsfreiheit sowie die Frage

Vizekanzler Dr. Androsch

des Rundfunkmonopols auf. Jedenfalls wird darauf zu achten sein, daß keine neuen gewaltigen Meinungsmonopole entstehen.

Hoher Bundesrat! Die Bildungspolitik der Bundesregierung wird weiterhin bemüht sein, die österreichische Schule moderner und menschlicher zu gestalten. Ein wirksames Instrument der Weiterentwicklung des Schulwesens bilden die Schulversuche. Die bereits vorliegenden Ergebnisse werden in den nächsten Jahren organisatorische Erneuerungen in wichtigen Schulbereichen ermöglichen.

Die Errichtung von weiteren hundert Bundes-schulen wird zum Vollausbau des berufsbilden-den Schulwesens beitragen und die regionale Chancengleichheit verbessern.

Die gewerbliche Berufsausbildung muß gleichrangiger Bestandteil der gesamten Bil-dungspolitik sein.

In der Absicht, die Bundestheater in verstärk-tem Maße zu Einrichtungen des ganzen Volkes werden zu lassen, muß die Zusammenarbeit mit den Medien intensiviert und die Gastspieltätig-keit in den Bundesländern verstärkt werden.

Die Bundesregierung wird jeder Art von Bevormundung der Kunst entgegentreten und ein Klima der Liberalität gewährleisten.

Hoher Bundesrat! Der Sport ist heute zu einem wesentlichen Bestandteil der Lebensgestaltung für alle geworden. Er stellt eine zeitgemäße gesellschaftliche Aufgabe im Hinblick auf den Schulsport, den Breitensport, den Leistungssport und den Spitzensport dar. Daher soll der Ausbau von Sportstätten für alle angestrebt werden.

Jede gesellschaftliche Ordnung bedarf unun-terbrochener Impulse zu ihrer Verbesserung - so auch die gegenwärtige. Wir betrachten daher das in diese Richtung gehende Streben einer kritischen jungen Generation als einen Motor besonderer Art. Die Forderungen der Jungen werden besondere Aufmerksamkeit finden.

Bei der Familienförderung wird das Schwer-gewicht weiterhin bei direkten Geld- und Sachleistungen liegen müssen, da nur so auch den sozial schwachen und kinderreichen Fami-lien wirksam geholfen werden kann.

Seitens der Bundesregierung werden Überle-gungen darüber anzustellen sein, in welcher Weise dem höheren Aufwand für Unterhalt und Erziehung älterer Kinder, den Aufgaben der Familien mit nur einem Elternteil und der Familien mit behinderten Kindern noch besser Rechnung getragen werden kann als bisher.

Es ist für die Bundesregierung selbstverständ-lich, den älteren Menschen unseres Landes nicht nur einen Anteil am gestiegenen Wohlstand zu

gewährleisten, sondern ihnen auch jenes Recht auf ein Leben in Würde, das sie sich verdient haben, zu geben. Mit der Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Sicherheit der Pensionen gewährleistet.

Die Bundesregierung sieht ihre wichtigsten Aufgaben in einer Zeit, in der es in den modernen Industriestaaten Massenarbeitslosig-keit gibt, darin, das Recht auf Arbeit in der Weise zu verwirklichen, daß arbeitsfähigen und arbeitswilligen Staatsbürgern auch Arbeitsmög-lichkeiten geboten werden.

Weitere wichtige Aufgaben sind, das Zah-lungsmittel der Republik, den Schilling, stabil zu erhalten und seine Kaufkraft im Interesse der Lohn- und Einkommensbezieher zu schützen.

Ferner sind jene energiepolitischen Voraus-setzungen zu schaffen, die Österreich auch in Zukunft eine positive wirtschaftliche Entwick-lung erlauben und seinen Menschen wachsen-den Wohlstand ermöglichen.

Unter den großen wirtschaftspolitischen Auf-gaben der Zukunft seien noch die folgenden erwähnt: durch die geburtenstarken Jahrgänge wird das Arbeitskräftepotential in den nächsten vier Jahren weiter steigen. Rund 200 000 neue Arbeitsplätze werden notwendig sein, um den jungen Menschen Beschäftigung zu geben.

Daneben werden weltweite Strukturverschie-bungen und Rationalisierungserfordernisse zwangsläufig zu Umstrukturierungen innerhalb des bestehenden Arbeitsmarktes führen.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird es daher auch in den nächsten Jahren sein, Ersatz für verlorengelassene Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird in vielen Fällen nur mit einem höheren Maß an betriebli-cher, regionaler, vor allem jedoch auch berufli-cher Mobilität zu erreichen sein sowie durch eine qualifizierte Ausbildung und permanente Fortbildung.

Alle diese Umstellungen sind nicht ohne ein ausreichendes Wirtschaftswachstum zu bewäl-tigen.

Ange-sichts weltweit steigender Inflationsra-ten gilt es, die Stabilitätserfolge abzusichern. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die im internationalen Vergleich noch immer zu hohen Kapitalkosten in Österreich im Griff zu behalten und die gesamtwirtschaftlich orientierte Ein-kommensentwicklung fortzusetzen.

Wie alle wirtschaftspolitischen Bemühungen werden wir auch diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern verfolgen. Ihre Zusammenarbeit untereinander und die Kooperation mit der Bundesregierung

13646

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

hat geradezu grundlegende Bedeutung für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Die österreichische Währungspolitik hat sich seit 1970 an jener der Hartwährungsländer orientiert. Damit wurden in Zeiten weltweiter Währungsunsicherheit für den größtmöglichen Teil unserer Außenwirtschaft stabile Orientierungs- und damit Entscheidungsgrundlagen geschaffen.

Mit der Schaffung des Europäischen Währungssystems wurde die Zone stabiler Währungsverhältnisse vergrößert. Wir sind grundsätzlich bereit, unter Berücksichtigung unserer strukturellen Besonderheiten, auch in geeigneter formeller Art an diesem wichtigen europäischen Integrationsschritt teilzunehmen.

Die Energiefrage, Hoher Bundesrat, hat globalen Charakter erlangt. Es ist notwendig, den Verbrauch an Erdölprodukten in allen Mitgliedsländern der Internationalen Energieagentur einzuschränken.

Zahlreiche Untersuchungen und Meinungsfragen haben ergeben, daß die Bevölkerung die Bedeutung des Energiesparens weitgehend bejaht und auch durchaus bereit ist, in ihrem unmittelbaren Lebensbereich diesen Erfordernissen zu entsprechen.

Die Bundesregierung wird mit Initiativen zur Gesetzgebung sowie durch den Einsatz finanzieller Förderungen eine sparsame Verwendung von Energie unterstützen.

Einen besonderen Schwerpunkt in den energiepolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung bilden die Bemühungen um eine intensive Ausnutzung heimischer Energiequellen.

Größte Bedeutung kommt der zweckmäßigen Verwendung von Energie zu, die Möglichkeiten der Einsparung sind in den Bereichen der Beheizung, der Industrie, der thermischen Stromversorgung und des Individualverkehrs beachtlich.

In allen diesen Bereichen sind bereits zielführende Schritte eingeleitet worden.

Jedenfalls verlangt die Sicherstellung der Energieversorgung eine entsprechende Strategie. Anzustreben ist eine Entkoppelung der aus der Vergangenheit bekannten engen Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchs Zunahme.

Immer wieder müssen in der Wirtschaft veraltete Strukturen und Technologien verändert werden. Veraltete, wenig ergiebige Produktionen müssen verschwinden, neue an ihre Stelle treten, technologischen Entwicklungsprozessen muß rascher Rechnung getragen werden, um auf den Weltmärkten und auf dem Europä-

ischen „Markt der 300 Millionen“ erfolgreich bestehen zu können.

Industrie und Gewerbe sind und bleiben nach wie vor der Motor auch einer modernen Volkswirtschaft.

Unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung und Einkommensverbesserung wird die Bundesregierung die Aufrechterhaltung einer hohen Investitionstätigkeit durch Förderungsmaßnahmen unterstützen.

Zur Förderung der Innovationen wird die Bundesregierung ihre Bemühen nicht nur auf materielle Investitionen konzentrieren, sondern verstärkt den Prozeß bis zur Marktreife eines Produkts unterstützen, in Verbindung damit wird auch der Förderung der Forschungsinvestitionen besondere Beachtung beigemessen.

Die Bundesregierung dokumentierte ihre Förderungsbereitschaft durch den Ausbau der Wirtschaftsförderung: So werden Neugründungen gefördert sowie die Modernisierungsbemühungen in der Papier-, Textil-, Bekleidungs- und lederverarbeitenden Industrie durch eigene Aktionen.

Unterstützt, zur Bewältigung der Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft wurden zwei Strukturprogramme 1978 und 1979 beschlossen. Im Rahmen dieser Förderung werden industrielle Großprojekte wie Steyr-BMW, Steyr-Mercedes und ein Kassettenrecorderwerk, ein Werk für Farbfernsehgeräte sowie zuletzt ein Motorenwerk von General Motors wirkungsvoll unterstützt, womit Arbeitsplätze in zukunftsreichen Bereichen geschaffen werden. Diese Projekte werden durch die verstärkte Exporttätigkeit in Zukunft unsere Handelsbilanz um 9 Milliarden Schilling verbessern.

Zwei weitere Projekte mit hoher Wertschöpfung und hochentwickelter Technologie befinden sich derzeit im Stadium der Konkretisierung. Eines davon betrifft die Firma Siemens mit Aktivitäten in Kärnten, das andere die Fertigung von Computerteilen im Raum Linz durch die VÖEST-Alpine und die IBM. Ein Zulieferungswerk für Renault wird in den nächsten Tagen seinen Betrieb aufnehmen.

Jede Förderung, Hoher Bundesrat, kann aber nur das Ziel haben, die vollste Entfaltung der unternehmerischen Initiative, also Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit, zu gewährleisten. Die staatliche Wirtschaftsförderung kann und will kein Ersatz für die unternehmerische Tätigkeit und Verantwortung sein.

Der wichtigste Beitrag der Bundesregierung zur Wirtschaftsförderung kommt jedoch in der Begründung des General-Motors-Vize-Präsidenten Cunningham für die Investitionstätigkeit

Vizekanzler Dr. Androsch

seines Unternehmens in Österreich zum Ausdruck: die wirtschaftliche und politische Stabilität unseres Landes sowie die hohe Qualifikation der Facharbeiter.

Im Rahmen der österreichischen Industrie hat der Bereich der verstaatlichten Industrie eine besondere Bedeutung und Verantwortung.

Dort, wo es zur Strukturverbesserung notwendig ist, wird die Bundesregierung auch in Zukunft ihre Hilfestellung nicht versagen. So wird sie der Edelmetallindustrie, die sich weltweit in einer Krise befindet, 1 Milliarde Schilling zur Finanzierung des Strukturverbesserungsprogramms zuführen.

Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.

So ist die Bundesregierung bereit, in der Übergangsphase der Einführung der vom Nationalrat einstimmig beschlossenen Arbeiterabfertigung für Härtefälle Maßnahmen zu beraten, die zu einer friktionslosen Abwicklung führen.

In diesem Zusammenhang verdient auch das Problem der Versorgung „um die Ecke“, der sogenannten Nahversorgung, besondere Aufmerksamkeit.

Da das Fremdenverkehrs-Förderungsprogramm für die Jahre 1971 bis 1980 bereits erfüllt ist, wird die Bundesregierung ein neues Zehnjahresprogramm ausarbeiten.

Die im internationalen Vergleich außerordentlich günstige wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in den letzten Jahren ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung nicht nur den Bundeshaushalt in besonderem Maße zur Erhaltung der Nachfrage eingesetzt hat, sondern daß sie gleichzeitig in einer Phase des weltweit niedrigen Wirtschaftswachstums durch die Steigerung der öffentlichen Investitionen und der Investitionsförderung zur raschen Modernisierung der nationalen Infrastruktur beigetragen hat.

Diese Finanzpolitik nahm ganz bewußt ein Steigen der Defizite und damit der Finanzschulden des Bundes in Kauf.

Dieser Umstand wurde schon einmal im Hohen Haus, und zwar am 24. Jänner 1979, dargestellt:

„Wenn man die gesamten Investitionen summiert, so repräsentieren sie für 1970 bis 1978 einen Wert von 294 Milliarden Schilling, dem eine Nettoverschuldung des Bundes von 152 Milliarden Schilling gegenübersteht.“

Hiebei ist zu beachten, daß seit 1970 überdies fünf Steuersenkungen durchgeführt wurden und

vor allem infolge der Zugehörigkeit Österreichs zu dem großen Europäischen Freihandelsmarkt der 300 Millionen die Zölle in signifikanter Weise abgebaut wurden.

Das brachte einen Einnahmehausfall in der Höhe von 120 Milliarden Schilling. Eine einfache Rechnung zeigt, daß dieser Einnahmehausfall wohl in sehr beträchtlicher Weise zur Erhöhung der Staatsschuld beigetragen hat, jedoch andererseits ein Gleichbleiben der Abgabenquote des Bundes bewirkte.

Die Vollbeschäftigungspolitik und eine relativ niedrige Steuerquote durch periodische Steuersenkungen waren vom österreichischen Staatshaushalt zu tragen: Der Anteil, den Zins- und Tilgungszahlungen von den Einnahmen beanspruchen, ist daher deutlich angestiegen.

Angesichts einer sich andeutenden besseren Konjunkturentwicklung – weltweit und in Österreich – müssen wir uns nun um eine deutliche Budgetverbesserung bemühen.

Die Bundesregierung plant dennoch, wie bereits ausgeführt, die hohen öffentlichen Investitionen aufrechtzuerhalten, sie wird daher das zehnjährige Investitionsprogramm des Bundes unter Bedachtnahme auf die genannten Grundsätze verwirklichen.

Hoher Bundesrat! Die technische Modernisierung der Finanzverwaltung bietet neue Möglichkeiten für die Gestaltung des Steuersystems, die Bemühungen um eine Vereinfachung und Durchforstung unseres historisch gewachsenen Steuersystems werden im Rahmen der großen Steuerreformkommission fortgeführt.

In der gegenwärtigen Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung, in der den Menschen Milliardenbeträge – in Österreich sind es um die 500 Milliarden Schilling jährlich – für den Konsum zur Verfügung stehen, ist es ein besonderes Gebot der Politik, den Konsumenten zu schützen.

Die Verkehrspolitik hat besonders im letzten Jahrzehnt neue Zielsetzungen erfahren. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die neuen industriellen Agglomerationen, das Energieproblem, das Entstehen neuer Wohngebiete und die Ausschöpfung der Arbeitskräfte des ländlichen Raumes erwähnen.

Es wird die große Aufgabe der nächsten Jahre sein, die Einrichtungen des Nahverkehrs zügig auszubauen.

Die Zweckmäßigkeit dieser Überlegungen läßt sich am folgenden Beispiel deutlich zeigen:

Wer etwa mit der Schnellbahn von Hollabrunn nach Wien pendelt, benötigt hierfür nur ein Viertel der Treibstoffkosten für einen

13648

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

mittleren Pkw beziehungsweise nur ein fünfzehntel der Vollkosten eines solchen Fahrzeuges.

Wenn aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Frage der sogenannten „Nebenbahnen“ einer Lösung bedarf, so wird zur Berücksichtigung übergeordneter Interessen das noch ausstehende Gutachten der Österreichischen Raumordnungskonferenz herangezogen werden.

Bei den Post- und Fernmeldediensten werden 400 neue oder umgebaute Postämter und über 2 800 neue Kraftfahrzeuge für den Land- und Paketzustelldienst ein immer besseres Service bieten.

In kontinuierlicher Fortsetzung der Fernmeldeinvestitionen werden mindestens 600 000 neue Telefonanschlüsse hergestellt werden.

Österreich, in der Mitte Europas gelegen, ist gehalten, den Ausbau seines Fernstraßennetzes auch aus gesamteuropäischer Sicht zu gestalten. Deshalb bleibt das Bemühen der Bundesregierung um einen Beitrag der Europäischen Gemeinschaften insbesondere für den Ausbau der Innkreis- und Pyhrnautobahn aufrecht.

Neben dem Ausbau der großen Transversalen muß auch der weitere Ausbau der für den innerstaatlichen Verkehr bedeutsamen Strecken, zum Beispiel der Verbindungen zwischen Wien und den südlichen Bundesländern, vorangetrieben werden. Es ist hier vor allem an den Ausbau der Straßen entlang Mur und Mürz schwerpunktmäßig gedacht.

Die Bundesregierung mißt einer leistungsfähigen und gesunden Landwirtschaft größte Bedeutung zu.

In verschiedenen Bereichen wird allerdings heute schon mehr erzeugt, als im Inland verbraucht werden kann. Diese Entwicklung erfordert dringend agrarpolitische Maßnahmen.

Technischer Fortschritt und steigende Produktivität führen dazu, daß Landwirte in den von der Natur benachteiligten Regionen an der Entwicklung weniger teilhaben als diejenigen in ertragreichen Lagen.

Das verursacht beträchtliche Einkommensunterschiede, die die besondere Beachtung der Bundesregierung finden werden. Im Förderungsbereich wird sie der Bergbauern- und Grenzlandförderung besonderen Vorrang geben.

Um die Einkommensunterschiede zu überwinden, sind auch Veränderungen in der Preispolitik erforderlich.

Höhere Futtergetreidepreise als in vergleichbaren Industrieländern bei sehr stark gestiege-

ner Flächenproduktivität müssen zu Lasten der auf den Ankauf von Futtergetreide angewiesenen Grünlandbauern gehen und die innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschiede verschärfen.

Nach der erfolgreichen Reform des Milchmarktes wird daher nunmehr der Getreidemarkt zu reformieren sein.

Die Entwicklung in der Weinwirtschaft verlangt Maßnahmen, die uns neue Exportchancen eröffnen müssen.

Auf Grund der Entschliebung des Nationalrates vom 12. März 1979 wird das bestehende Förderungssystem überprüft. Die bestehende Bundesprüfungskommission wird im Sinne der Entschliebung des Nationalrates durch Förderungs- und Prüfungskommissionen in den Bundesländern ergänzt werden. Auch sollen Budgetmittel des Grünen Planes soweit wie möglich den Landwirten unmittelbar zugute kommen.

Hoher Bundesrat! Wissenschaft und Forschung sind eine wichtige Voraussetzung für Fortschritt und Erneuerung und damit entscheidende Bereiche einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft.

Dem Universitäts-Organisationsgesetz entsprechend soll die Struktur einer demokratisch organisierten, wissenschaftlich leistungsfähigen, fortschrittsorientierten Universität mit wirksamer Verwaltung weiterentwickelt werden.

Bei Wahrung der Lehr- und Lernfreiheit wird ein stärkerer Praxisbezug der Studien angestrebt. Wichtigstes Anliegen der Hochschulpolitik der Bundesregierung ist, den freien Zugang zum Hochschulstudium zu gewährleisten.

Schwerpunkte der Forschungsförderung werden mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der achtziger Jahre vor allem folgende Bereiche sein: Energie und Rohstoffe, Ökologie zur Sicherung unserer Lebensbasis, Humanisierung der Arbeitswelt, Forschungen über soziale und gesellschaftliche Probleme, Bildungs- und Kulturforschung sowie internationale Fragen.

Das Forschungs-Organisationsgesetz wird die Grundlage für eine neue Konzeption bilden.

Die österreichischen Kulturgüter in unseren Museen und Sammlungen sind Eigentum des ganzen österreichischen Volkes. Die Politik der Öffnung, Belebung und Aktivierung der Museen und Sammlungen wird daher fortgesetzt werden.

Das kulturelle Erbe wird weiterhin durch Denkmalschutz und Förderung der Denkmalpflege gesichert werden.

Vizekanzler Dr. Androsch

Ausreichender Gesundheitsschutz und – damit untrennbar verbunden – ausreichender Umweltschutz waren und sind vorrangige Aufgaben einer humanen Gesellschaft.

Die Bundesregierung wird in den kommenden Jahren den weiteren Ausbau einer alle Altersstufen und alle sozialen Gruppen umfassenden vorsorgemedizinischen Betreuung der Mitbürger anstreben.

Die Volksgesundheit wird aber auch von der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und dem Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen mitbestimmt. Die Bundesregierung wird daher dem Umweltschutz besondere Bedeutung beimessen.

Ein moderner, effizienter und gesamtstaatlicher Schutz vor schädlichen Einflüssen, insbesondere vor Luftschadstoffen und Lärm aus mehreren Quellen (Immissionsschutz), erfordert neue verfassungsrechtliche Grundlagen. Das gleiche gilt für eine umweltfreundliche Abfallwirtschaft. Eine wirklich befriedigende Lösung der anstehenden Probleme wird durch die bestehende zersplitterte Kompetenzverteilung erschwert. Die Bundesregierung erkennt keineswegs die Tatsache, daß die Bundesländer auf diesen Gebieten durchaus zweckmäßige Maßnahmen gesetzt haben.

Der moderne Wohlfahrtsstaat zeichnet sich dadurch aus, daß er einen Teil seines Nationalprodukts dafür verwendet, um seinen Bürgern ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

Es gehört zu den selbstverständlichen Voraussetzungen, daß der einzelne in allen jenen Lebenslagen Schutz findet, für die er selber entweder gar nicht oder nur in sehr begrenzter Weise Vorsorge treffen kann.

Grundsätzlich bleibt das Ziel der Sozialpolitik, neben der Freiheit im politischen Sinn und der Freiheit von Zwang auch die Freiheit von Not zu gewährleisten und durch entsprechende Maßnahmen die Chancengleichheit zur Persönlichkeitsentfaltung herzustellen. Dabei muß die Sozialpolitik sich weiterhin der Schwächsten in der Gesellschaft annehmen. Es wird vor allem gemeinsam mit den Bundesländern eine weitere Verbesserung der sozialen Dienste anzustreben sein.

So sehr die Bundesregierung sich der Bedeutung sozialpolitischer Reformen bewußt ist, so sehr ist sie sich auch des Umstandes bewußt, daß mit stetig wachsendem Wohlstand bei gewissen Gruppen der Bevölkerung auch die Möglichkeiten zur Eigenvorsorge verbessert werden. Die wachsenden Staatsaufgaben auf der einen Seite lassen es geboten erscheinen, den Ausbau und

der ihn tragenden Sozialpolitik immer wieder aufs Neue im Hinblick auf die gesellschaftlichen Prioritäten zu überprüfen.

Es wird daher vor allem darum gehen, die Mittel gezielter für diejenigen einzusetzen, die sie als sozial Schwächere am dringendsten benötigen.

Die Verringerung sozialer Härten beim Prozeß der Strukturanpassung in der Wirtschaft wird die Aufgabe der Arbeitsmarktförderung sein. Auch wenn heute in unserem Land fast niemand mehr schwere materielle Not zu leiden hat, wird die Bundesregierung den Kampf gegen die Armut weiterführen und sich dabei intensiv um eine Besserstellung der sozial Schwächsten bemühen.

Eine menschlichere Arbeitswelt ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. Zusammen mit einer menschengerechten Umgestaltung der technischen Einrichtungen werden in den nächsten Jahren neue Arbeitsformen zu entwickeln und durchzusetzen sein, die den arbeitenden Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen.

Nach der Abfertigung für Arbeiter wird im Sinn einer Herstellung der Chancengleichheit die endgültige arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten verwirklicht werden. Diese wird auch den Abschluß der Kodifikation des Arbeitsrechtes und damit die Fertigstellung eines weiteren großen gesellschaftspolitischen Reformwerkes erleichtern.

In der Zeit von 1970 bis 1975 konnte die wöchentliche Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden schrittweise reduziert werden. Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Technisierung, Rationalisierung und Automatisierung in der Wirtschaft ist im Einklang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten auch eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben.

Dem neuen Familienrecht entsprechend wird die Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeits- und Sozialrecht angestrebt werden. Die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Rahmen der österreichischen Raumordnungskonferenz, Hoher Bundesrat, wird fortgeführt und intensiviert werden.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung für Gebiete mit besonderen Entwicklungsproblemen so wie bisher regionale Entwicklungsprogramme in Abstimmung mit den jeweiligen Gebietskörperschaften erarbeiten und realisieren. Die Erfahrungen, die bei der Durchführung des Entwicklungsprogrammes Aichfeld-Murbo den gewonnen wurden, sollen zur Anwendung gelangen.

Zu den Problemgebieten zählen insbesondere

13650

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Vizekanzler Dr. Androsch

Ost-Grenzregionen, Berggebiete, frühindustrialisierte Regionen und Bergbauggebiete mit Strukturproblemen. Eine kooperative Raumplanung wird zu einem weiteren Abbau von regionalen Ungleichheiten führen, wobei die charakteristischen Standorteigenschaften der Ballungszentren und der Gemeinden im ländlichen Raum nicht verloren gehen sollen.

Die Mittel, die der Bund den Ländern zur Förderung des sozialen Wohnbaus zur Verfügung gestellt hat, sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Betragen sie im Jahre 1970 3,3 Milliarden Schilling, werden es 1979 10,2 Milliarden Schilling sein.

Je mehr der quantitative Wohnungsfehlbestand reduziert werden konnte, desto deutlicher zeigt sich der qualitative Nachholbedarf. Dieser wird einerseits durch Neubauten, andererseits durch verstärkte Anstrengung bei der Verbesserung des erhaltungswürdigen Althausbestandes zu vermindern sein, wobei vor allem der immer stärker in das Bewußtsein der Menschen dringende Problemkreis des Schall- und Wärmeschutzes zu beachten sein wird.

Ein Problem besonderer Art stellt die Wohnversorgung junger Ehepaare dar. Die Bundesregierung hält daher die Bereitstellung sogenannter „Startwohnungen“ für notwendig. Die Bundesregierung wird dazu auch die Bundesländer und Gemeinden einladen, durch Bereitstellung geeigneter Baugründe beziehungsweise dafür sich eignender Althäuser dieses Vorhaben zu unterstützen.

Ein neues Wohn- und Mietrecht unter Beachtung der Rechte der Mieter wird der Sicherung eines sozial gerechten Wohnungspreises und dem Schutz des erhaltungswürdigen Hausbestandes dienen.

So wie die wirtschaftliche und soziale muß, auch die öffentliche Sicherheit immer wieder neu errungen werden. Reformen in der Aus- und Fortbildung sollen den Wandel in den Beziehungen zwischen Bürgern und Sicherheitsbeamten beschleunigen.

Bei allem Bemühen um internationale Verständigung, Entspannung und Abrüstung darf eine verantwortungsbewußte Regierung nicht die Vorsorgen vernachlässigen, die erforderlich sind, um Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität notfalls auch mit Waffeneinsatz zu verteidigen. Es gilt nunmehr, den Landesverteidigungsplan schrittweise zu realisieren; die Bundesregierung ist bereit, ihre Bemühungen um eine einvernehmliche Beschlußfassung fortzusetzen. Sie wird schließlich alle Maßnahmen fördern, die das Ansehen des Bundesheeres bei der Bevölkerung erhöhen.

Es wird oberstes Ziel der Außenpolitik bleiben, im Zusammenhang mit der umfassenden Landesverteidigung und der Sicherung der inneren Stabilität die Unabhängigkeit Österreichs zu gewährleisten. Die österreichische Außenpolitik wird bestrebt sein, dieses Ziel durch Pflege der Beziehungen zu allen Staaten, durch seinen Beitrag zur Entspannung und zur europäischen Integration sowie zur Lösung internationaler Probleme und durch eine wirkungsvolle Außenwirtschafts- und Außenkulturpolitik zu erreichen.

In diesem Zusammenhang einige Worte zu den in Österreich lebenden Volksgruppen nichtdeutscher Sprachzugehörigkeit.

Wir erblicken in ihnen sowohl eine Bereicherung des österreichischen Kulturlebens als auch eine Brücke zu unseren Nachbarstaaten. Die Bundesregierung wird daher über alle staatsvertraglichen und sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen hinaus alles tun, um den Bestand dieser Volksgruppen in Österreich zu sichern und die Achtung ihrer Sprache und ihres Volkstums zu gewährleisten.

Wir werden uns im Rahmen einer aktiven Außenpolitik, die auf unsere Möglichkeiten Bedacht nimmt, bei der Lösung internationaler Probleme beteiligen und damit einen Beitrag zur Festigung des allgemeinen Friedens leisten.

Die Bundesregierung wird bemüht sein, die Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften über das Freihandelsabkommen hinaus in pragmatischer Weise zu intensivieren. Das gilt besonders für die Landwirtschaft, deren Exporte einerseits im EG-Raum behindert und andererseits durch die EG-Agrarordnung auch auf Drittmarkten diskriminiert werden.

Die Achtung und Sicherung der Menschenrechte sind grundlegende Elemente unseres Demokratiebewußtseins. Österreich läßt sich hiebei von den Verpflichtungen und Grundsätzen leiten, die in den beiden UN-Menschenrechtspakten und der Schlußakte von Helsinki enthalten sind. Die Erhaltung und Sicherung der deutschsprachigen Volksgruppe in Südtirol stellt für Österreich eine permanente Verpflichtung dar.

Österreich betrachtet die Entwicklungshilfepolitik als Instrument der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. Als Land ohne koloniale Vergangenheit und ohne imperiale Interessen ist Österreich für die jungen Staaten der Dritten Welt ein unbelasteter und attraktiver Partner.

Es ist Österreich gelungen, in den letzten Jahren seinen Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationalprodukt von 0,07

Vizekanzler Dr. Androsch

Prozent 1970 auf 0,24 Prozent im Jahr 1977 und 0,27 Prozent im Jahr 1978 anzuheben und damit nahe an den OECD-Durchschnitt heranzuführen. Österreich wird aber weiterhin bestrebt sein müssen, der internationalen Zielsetzung von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts an staatlicher Entwicklungshilfe gerecht zu werden.

Hoher Bundesrat! Die Bundesregierung hat die Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften bei der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben unterstützt und seit 1970 Anliegen der Kirchen erfüllt, die bis dahin unerledigt geblieben sind.

Hoher Bundesrat! Wir Österreicher neigen dazu, unsere eigene Situation gering zu schätzen. Jedenfalls laufen wir nicht Gefahr, sie zu überbewerten, aber der österreichische Staatsvertrag war als die Einigung zwischen dem am kalten Krieg hauptbeteiligten Mächten der erste große Akt der Entspannung in der Weltpolitik. Es wird im nächsten Jahr ein Vierteljahrhundert vergangen sein seit dem Abschluß des Staatsvertrages.

Es war ein Vierteljahrhundert ohne Bedrohung unserer Unabhängigkeit und Freiheit, ein Vierteljahrhundert gesicherter Entwicklung unserer Demokratie und unserer Wirtschaft, und wenn es kein anderes Beispiel dafür gäbe, daß die großen Mächte durch Verhandlungen zu nützlichen Resultaten für die Menschen kommen können - am Beispiel Österreichs ist es geliefert worden.

Und so soll auch von dieser Stelle im Namen der Bundesregierung dem Präsidenten der Sowjetunion und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika dafür gedankt werden, daß sie nach Wien gekommen sind. Wir sind glücklich darüber, daß sie einander hier begegnet sind, und wollen unserer Freude Ausdruck geben, daß sie gut in ihre Hauptstädte zurückgekommen sind. Wir können nur hoffen, daß sich mit dem alten Namen unserer Stadt neue Hoffnungen für die Zukunft verbinden.

Hoher Bundesrat! Lassen Sie mich zum Abschluß mitteilen, daß es der Herr Bundeskanzler sehr bedauert hat, Ihnen nicht selbst diese Erklärung darlegen zu können. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Vizekanzler für die Abgabe dieser Regierungserklärung.

Es ist mir der Antrag der Bundesräte Dr. Skotton, Dr. Schambeck und Genossen zugekommen, über die Erklärung der Bundesregierung sofort eine Debatte abzuführen.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. - Dies ist Stimmeneinhelligkeit.

Der Antrag auf Durchführung einer Debatte über die Erklärung der Bundesregierung ist somit angenommen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Schambeck. Ich erteile ihm dieses.

Bundesrat Dr. **Schambeck** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Vizekanzler! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Meine Damen und Herren Staatssekretäre! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Eine Regierungserklärung ist ein Erfüllungsversprechen, das eine Regierung am Beginn ihrer Funktionsperiode der parlamentarischen Körperschaft gegenüber, der sie verantwortlich ist, abgibt.

Obgleich nach österreichischem Verfassungsrecht die Bundesregierung vom Vertrauen des Nationalrates, dem ja das Recht zur Mißtrauensvotierung zusteht, und nicht von dem des Bundesrates abhängig ist, hat sich seit der Zeit des Bundeskanzlers Ing. Julius Raab die Gewohnheit eingebürgert, daß eine neue Regierung mit einer Regierungserklärung sich auch der Länderkammer der österreichischen Bundesgesetzgebung vorstellt.

Dem Bundesrat ist die Repräsentanz der politischen Kräfte der Bundesländer aufgetragen, also jenes Bereiches, in dem sich auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene die Politik der jeweiligen Regierung ja zu bewähren hat.

Eine Erwiderung auf eine derartige Regierungserklärung ist daher auch in einer parlamentarischen Kammer, die zwar nicht die Existenz dieser Regierung bestimmt, aber neben dem Nationalrat für einen Teil der politischen Kontrolle und für die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung zuständig ist, ein Erfordernis; für die Österreichische Volkspartei im Bundesrat ein besonderes Erfordernis, da sie sich in der Opposition befindet.

Da in einem Staat mit einem parlamentarischen Regierungssystem, in dem vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit der Bestand der Regierung abhängt und daher - wie auch in Österreich - Nationalratsmehrheit und Regierung ident sind, die Gewaltenteilung eine formell-organisatorische ist und so auch die Kontrollmittel meist im letzten von der die Regierung bildenden Parlamentsmehrheit anhängig und so meist stumpf sind, kommt der Opposition heute die frühere Rolle des Parlaments als solche zu, nämlich Gegenpart zur Regierung, zur Exekutive in einem bestimmten Sinn zu sein. In seiner berühmten Schrift „On the Spirit of Patriotism“ hat Lord Bolingbroke in Form eines Briefes an Lord Cornbury 1736, also

13652

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

in der Regierungszeit Georgs II. von England, erklärt, die Opposition sei ein „alternative system of conduct“, also ein alternatives System politischen Gesamtverhaltens.

Die Rolle der Opposition – und, meine Damen und Herren, Hoher Bundesrat, lassen Sie mich namens meiner Fraktion betonen: es ist eine solche der Opposition gegen die Regierung und nicht gegen den Staat, die Republik Österreich –, die Rolle der Opposition besteht vor allem darin, daß sie im Hinblick auf eine Leitidee des dem Staat Förderlichen eine gleiche Eigenständigkeit besitzt wie die Bundesregierung und die sie stützende und bildende Mehrheit.

Die drei Hauptfunktionen der legitimen parlamentarischen Opposition sind die Kritik, die Kontrolle und der Entwurf einer Alternativ-Politik. Diese sollen auch zwischen ÖVP und SPÖ im Bundesrat zum Tragen kommen, wobei nicht der falsche Eindruck entstehen möge, meine Damen und Herren, man würde etwa im Bundesrat einer Länderfront das Wort reden.

Auch in einem Parteienbundesstaat, wie es in Österreich seit seiner Gründung der Fall ist, wo im Bundesrat die Länderrepräsentanz im Bundesparlament nach dem Parteienproporz im Landtag erfolgt, haben die Anliegen der jeweiligen Bundesländer mit ihren spezifischen, nämlich jeweils oft verschiedenen Problemstellungen, eine besondere Bedeutung; daß diese aber neben dem Bemühen um Koordination von bundes- und landespolitischem Wollen dort auch zu einer Konfrontation führen, wo auf Grund unterschiedlicher weltanschaulicher beziehungsweise ideologischer Einstellungen Meinungsverschiedenheiten im Grundsätzlichen bisweilen bestehen, darf und soll nicht verwundern.

Im Mittelpunkt hat das Wohl des österreichischen Volkes in allen neun Bundesländern zwischen Neusiedlersee und Bodensee im städtischen und im ländlichen Raum zu stehen und die parteipolitische Konfrontation als eine Auseinandersetzung um den bestmöglichen Willen aller im Staat verstanden zu werden.

Sie deuten in Ihrer Regierungserklärung die Möglichkeit der Zusammenarbeit an; wir bejahen diese Gelegenheit, aber nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ, als Statisten in der Ratifikation von außerparlamentarisch Beschlossenem. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es kommt vielmehr darauf an, im parlamentarischen Bereich nach Konfrontation der Standpunkte zu einem Gesamtbeschluß zu kommen, der dem Gemeinwohl dient. Dabei kommt es darauf an, daß eine Mehrheit auch darauf achtet, was sie im Interesse der Allgemeinheit – ich wiederhole: im

Interesse der Allgemeinheit – einer Minderheit zumuten kann.

Besonders auf den Gebieten der Außen- und Verteidigungspolitik scheint im Interesse des Staatsinteresses eine mögliche Übereinstimmung geboten, was – und ich möchte das im selben Atemzug hinzufügen – eine sachliche Information und personelle Koordination verlangt.

Im übrigen wird die Auseinandersetzung erforderlich sein.

Lassen Sie mich betonen und erklären:

„Sowenig wir es aber der Regierung oder uns selbst leicht machen werden, so ist es in der Demokratie niemals Sache der Regierung zu entscheiden, wann die Opposition, mit der sie konfrontiert wird, konstruktiv und die Kritik, die an ihr geübt wird, objektiv ist.“

Hoher Bundesrat! Lassen Sie mich diese Sätze gleich zu Beginn meiner Ausführungen zitieren, sie stammen nämlich von Dr. Bruno Kreisky in seiner am 22. April 1966 zur Regierungserklärung Dr. Klaus im Nationalrat gehaltenen Rede.

Dabei ist es erstaunlich, daß wir heute eine neue Regierungserklärung von einer alten Regierung bekommen, die in ihrer Zusammensetzung uns auch erstaunt, denn – und ich zitiere hier ein zweites Mal Dr. Bruno Kreisky in einem Interview, und ich zitiere es nach der Zeitung „Die Presse“ vom 14. April 1979 – ich zitiere den Herrn Bundeskanzler:

„Ich habe mir meine Hellhörigkeit gegenüber öffentlicher Kritik bewahrt“, formulierte denn auch der Bundeskanzler in seinem Gespräch mit der „Presse“, ohne die Namen jener Minister zu nennen, die er auswechseln wolle.“

„Dazu Kreisky: „Natürlich nehme ich jeden Regierungskollegen in der Öffentlichkeit in Schutz. Aber ich kann genau unterscheiden“ – erklärte Kreisky am 14. April 1979, also vor der Nationalratswahl – „zwischen wirklichen Fehlern, die in manchen Ressorts vorgekommen sind, und parteipolitischer Demagogie.““

Meine sehr Verehrten! Es sind nicht allein die anwesenden Personen gleich geblieben, sondern es ist auch die Zahl der Mitglieder der Bundesregierung gleich geblieben, nicht nur hinsichtlich Ihrer Minister, sondern auch in bezug auf die Zahl der Staatssekretäre.

Wobei ich sagen will: Man kann über den Wert einzelner Staatssekretäre unterschiedlicher Auffassung sein. Ich kann mir vorstellen, daß bei der Bedeutung des öffentlichen Dienstes, des Dienstrechtes et cetera es wichtig wäre, dafür einen Staatssekretär zu bestellen.

Dr. Schambeck

Aber, meine sehr Verehrten, ich frage mich, wieso wir eine Frau Staatssekretär, mit Spezialgebiet Föderalismus, zu diesem Thema in der Länderkammer noch nie gehört haben; oder zur Landwirtschaft, oder, meine sehr Verehrten, zur Entwicklungshilfe, die bei uns zwar verbal, aber effektiv keinen bedeutungsvollen Rang hat.

Meine sehr Verehrten! Erlauben Sie mir hier abermals Dr. Bruno Kreisky zu zitieren, und zwar aus seiner Rede am 22. April 1966 zur Regierungserklärung Dr. Josef Klaus. Ich zitiere Kreisky abermals:

„Früher haben wir Staatssekretäre gebraucht, um die gemeinsame Politik sicherzustellen: im Äußeren, im Inneren . . . , in der Landesverteidigung, im Handelsministerium auch und so weiter. Jetzt“ – erklärte Kreisky im Jahre 1966 als Oppositionsredner bei ähnlichem Anlaß – „gibt es diesen Zwang nicht, und ich bin halt als altes Mitglied der Bundesregierung der Meinung: entweder brauchen die Minister jemanden, der ihnen hilft – na dann hätte man sich bessere aussuchen sollen, die das allein treffen . . . , oder es ist einfach eine innerparteiliche Notwendigkeit.“ – Ich habe dem nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hoher Bundesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Rede zur Regierungserklärung des Kabinetts Dr. Bruno Kreisky IV – im Bundesrat gehalten – hat sich vor allem mit deren föderalistischen Gehalt zu beschäftigen.

Es wird Sie daher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, nicht überraschen, daß ich als Angehöriger der ÖVP-Fraktion, die am Beginn ihrer eineinhalbjährigen Mehrheit zwischen Mitte 1977 bis Ende 1978, gleich zu Beginn, in der ersten Stunde, rechtzeitig angekündigt, die Initiative für Anliegen des Forderungsprogramms der österreichischen Bundesländer 1976 ergriffen hat, was einstimmig von allen Landeshauptleuten beschlossen wurde, eine Behandlung dieses Programms urgieren, die mehr darin liegt als in der Formulierung „Wir werden die Gespräche fortsetzen“, von denen ich sagen muß, sie haben nicht entsprechend in der Vergangenheit stattgefunden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wobei ich auch betonen möchte: Sosehr wir als Bundesräte glücklich sind über Gespräche zwischen der Bundesregierung, dem Bundeskanzler und den Landeshauptleuten, deren Bevollmächtigten – in diesem Fall jetzt der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien, Leopold Gratz, und der Landeshauptmann von Tirol, Wallnöfer, zum Forderungsprogramm der Bundesländer, ich möchte gleich noch einmal sagen: nicht in der erforderlichen Zahl und

Häufigkeit –, so sehr möchte ich sagen, daß das Forderungsprogramm der Bundesländer, weil es eine Gesetzgebungsmaterie betrifft, auch ein Anliegen des Erstgesetzgebers, des Nationalrates, ist. Und für meine Fraktion möchte ich das Bedauern ausdrücken, daß seit unserer Gesetzesinitiative für das Forderungsprogramm der Bundesländer diese Initiative im Nationalrat „schubladiert“ wurde.

Es handelt sich bei diesen Länderforderungen – lassen Sie mich das auch sagen – nicht um spektakuläre Dinge, sondern um Verbesserungen, die vor allem der Verwaltungsvereinfachung dienen könnten.

Seit November 1976 liegt nun wieder ein solches Forderungsprogramm auf dem Tisch der Bundesregierung. In der Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß auch der heutige Zustand nicht nur der bundesstaatlichen Gewaltenteilung, sondern auch einer überschaubaren und volksnahen Verwaltung entspricht.

Dieses Forderungsprogramm 1976 ist nicht eine Eingabe wie viele andere, sondern ein Akt besonderer Art, weil er doch einstimmig von allen neun Landeshauptleuten, also auch in den sozialistisch geführten Ländern, beschlossen wurde.

Was ist aber in Wirklichkeit geschehen? – Erst nach einem Jahr und noch länger erhielten die Landeshauptleute einen Brief des Herrn Bundeskanzlers, wonach Verhandlungen über einige wenige Punkte des Forderungsprogramms in Aussicht gestellt wurden, wenn die Länder sich bereit erklären, ihrerseits Kompetenzen auf dem Gebiete des Umweltschutzes – ich möchte das vor allem in Anwesenheit eines der ersten Repräsentanten der Landarbeiterkammern sagen – und auch des Landarbeitsrechtes an den Bund abzutreten.

Was den Umweltschutz anbetrifft, so hat der Bund selbst noch so viele unerfüllte Aufgaben vor sich, daß es unverständlich erscheint, den Ländern ihre wenigen Umweltkompetenzen auch noch wegzunehmen.

Es sei nur an die Gewässerverschmutzung durch Waschmittel, die Abgase der Kraftfahrzeuge durch zu hohen Bleigehalt des Benzins, die Bekämpfung des Fabriklärms und der Luftverunreinigung durch Industriebetriebe sowie die Eindämmung der Flut der Verpackungsmittel erinnert.

Die Länder haben demgegenüber auf den Gebieten der Luftreinhaltung, der Abfallbeseitigung – ganz abgesehen von Raumplanung sowie von Natur- und Landschaftsschutz – Erhebliches geleistet, was in dieser Stunde nicht unerwähnt sein soll. Sie sind diesen Problemen näher und können daher leichter Abhilfe schaffen.

13654

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

Wo Überschneidungen vorliegen, können seit der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1974 Vereinbarungen nach Artikel 15 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes beschlossen werden.

Leider ist der Bund bisher auf präzise Angebote der Länder nicht entsprechend eingegangen.

Schon in den Erläuternden Bemerkungen der Regierungsvorlage zur späteren B-VG-Novelle 1974, die schon in der SPÖ-Regierungszeit Verbesserungen der föderalistischen Struktur Österreichs gebracht hat, an denen wir mitgewirkt und denen wir zugestimmt haben – während vor 1970 unsere Vorstellungen die Zustimmung der SPÖ nicht finden konnten, als wir gleiches wollten –, stand, daß Artikel 15 lit. a B-VG Vereinbarungen – bitte hören Sie, Hoher Bundesrat – vornehmlich für Fragen der Raumordnung und ein geeignetes Instrument für die Lösung von Problemen dieses Umweltschutzes sind. Sie widersprechen sich daher selber, wenn Sie jetzt hier den Ländern das entwinden wollen.

Es verwundert daher, meine Damen und Herren, wenn jetzt im Zuge von Verhandlungen über das Forderungsprogramm 1976 die Umweltschutzkompetenz vom Bund als Kompensation gedacht wird. Man soll doch das Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer nicht zu einem Handlungsobjekt degradieren (*Beifall bei der ÖVP*) und Kompetenzverschiebungen erst nach Ausschöpfen der Vertragsmöglichkeiten des kooperativen Föderalismus, wie sie im Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes gegeben sind, vornehmen.

Aber auch die Vollziehung des Landarbeiterrechts ist für mehrere Bundesländer von größter Wichtigkeit. Der Brief des Bundeskanzlers läuft also in Wirklichkeit auf eine weitere Schlechterstellung der Länder hinaus, als er auf eine Aufwertung und auf eine Stärkung eines bisweilen zentralistisch auftretenden Unitarismus gerichtet ist.

Lassen Sie mich diese Anliegen des Föderalismus in diesem Augenblick auch deshalb betonen, weil in einer Zeit zunehmender Verstaatlichung und Zentralisierung der Föderalismus dem Subsidiaritätsprinzip dienen kann, damit zur Freiheitssicherung beiträgt und eine zeitgemäße Form der Gewaltenteilung und so auch einer bestimmten Kontrolle ermöglicht.

Dabei sind uns der Bundesstaat und die Bundesländer, wie Präsident Roland Minkowitsch kürzlich am Tiroler Bauerntag erklärte, mehr als in der Verfassung noch in unserem Herzen verankert.

Betrachtet man über den Föderalismus hinaus

diese vorliegende Regierungserklärung, von der Sie uns, Herr Vizekanzler, eine abgekürzte Fassung gegeben und unmittelbar von der Sitzung zur Verfügung gestellt haben, so möchte ich sagen, daß diese Regierungserklärung erstens sehr allgemein gehalten und in manchem unbestimmte Formulierungen beinhaltet; wobei ich nicht leugnen möchte, daß die Technik der Politik, die ja nicht ein hundertprozentiges Vorausschauen ermöglicht, bisweilen allgemeine Formulierungen verlangt. Aber bitte nicht in einem so großen Maß, als es in dieser Regierungserklärung der Fall ist, daß es fast den Eindruck eines unbestimmten oder ungedeckten Hoffnungskaufes hervorruft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das zweite, das ich schon einleitend betonen möchte – ich werde auf einzelne Sachprobleme noch näher eingehen – ist, daß wir hier eine Regierungserklärung vor uns haben, die schon in ihrer umfangreichen Fassung, die dem Nationalrat vorgelegt wurde, und die heute hier im Bundesrat liegt, oft überhaupt keine sachlichen Zusammenhänge bietet.

Ich habe mir das Beispiel von den Seiten 82 und 83 der Nationalratsfassung vorgemerkt, wo das Marchfeld als die Kornkammer Österreichs verbunden wurde mit Problemen der UNO-City, und dann folgte gleich die zukunftsorientierte Universität, was mir auch als Universitätsangehörigen merkwürdig in dem Zusammenhang vorkommt.

Aber ein solches Beispiel finde ich auch bei der Kurzfassung.

Wenn man die Seite 40 zur Hand nimmt, braucht man gar nicht die Seiten 41 und 39 aufzuschlagen. Dort finden Sie im ersten Absatz die Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden beschränkt, dann kommt die Gleichstellung von Mann und Frau, wobei ich hoffe, daß nicht die Frau beim Mann und der Mann bei der Frau Arbeitszeit leistet, die stündlich zu beschränken ist (*Heiterkeit*), und dann kommt als dritter Absatz die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz, meine sehr Verehrten! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist nur ein Beispiel von einer Seite. Ich könnte jetzt x-Beispiele bringen.

Ich möchte sagen: Eine Regierungspartei muß sich ja längerfristig auf ein Programm vorbereitet haben, obwohl ich Ihnen gleich sage: Wir alle haben das im Wahlkampf vermißt. Hier in der Regierungserklärung könnte das systematisch dargelegt werden, wobei ich auch objektiv hinzufügen möchte: Überlegen wir uns doch, wie eine Regierungserklärung zustande kommt! Da werden Ressortbeauftragte, die dem jeweiligen Ressortinhaber ideologisch nicht fernstehen,

Dr. Schambeck

zu einer Sitzung zusammengebeten und dann wird etwas unter größtem Zeitdruck zusammengestoppelt. Im Hinblick auf die bedauerliche Erkrankung des Bundeskanzlers wurde die Nationalratssitzung zum Bundesratssitzungstermin hin verschoben. Sie sind auch dort im letzten Moment gekommen, heute erst, unmittelbar hier. Hier, meine ich, wäre es doch ganz gut gewesen, wenn hier auch ein sachlicher Konnex bestünde und nicht, meine sehr Verehrten, problemorientierte Zufallstreffer aneinandergereiht worden wären, zumal ich glaube – und das möchte ich den Mitgliedern dieser Bundesregierung, also auch Ihnen, Herr Vizekanzler, nicht absprechen, im Gegenteil –, daß über verbale Gags hinaus die Problemlage zu ernst ist und Sie garantiert auch Ihre Vorstellungen haben, allerdings haben wir ein Interesse, diese jetzt kennenzulernen, meine Damen und Herren. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei richte ich dieses Wort, Herr Vizekanzler, im besonderen auch heute an Sie. Ich hätte das auch getan, wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky gesundheitlich in der Lage gewesen wäre, hier neben Ihnen zu sitzen.

Da hat ein politischer Beobachter die Vorgänge kommentiert. Man muß ja hinter der Regierungserklärung die ganze Politik dieser Regierungspartei sehen und auch Ihre Erklärungen vor und nach Pörschach und Ihr Papier in Pörschach beachten. Ich glaube nämlich, daß Redakteur Kurt Horwitz nicht unrecht hatte, wenn er in der „Presse“ am 21. Juni 1979 unter anderem schrieb:

„Kreisky hielt sich – im Hinblick auf die Regierungserklärung im Nationalrat – passagenweise wörtlich, im übrigen aber sinngemäß an das Papier, das Finanzminister Androsch bei der Pörschacher SPÖ-Klausur Anfang Juni als ein politisches Aktionsprogramm für die nächsten Jahre vorgelegt hat.“

Ich gratuliere Ihnen, Herr Vizekanzler, zu diesem Einfluß, den Sie in der neuen Regierung bereits erlangt haben. Ob ich auch dem österreichischen Volk gratulieren kann, werden wir erst am Ende dieser Funktions- und Legislaturperiode sehen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Eng mit der Frage eines zeitgemäßen Föderalismus hängt die mit der Stellung des Einzelmenschen im Staat zusammen. Ich meine damit den Problemkreis der Grundrechte.

Es ist begrüßenswert – hier bin ich einer Meinung mit dem, was in der Regierungserklärung geäußert wurde –, daß die schon unter Bundeskanzler Dr. Josef Klaus eingesetzte Grundrechtskommission ihre Arbeit fortsetzt. Auch wir erkennen hier die Notwendigkeit

eines neuen Grundrechtskataloges an, zumal der alte Grundrechtskatalog, der sich im Hinblick auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes verhältnismäßig gut bewährt hat – es waren Grundrechte, die die Liberalen einem damals absolutistisch denkenden Monarchen 1867 abgetrotzt haben –, einer Neuerung bedarf.

Wir sind auch dafür, daß neben den klassischen, liberalen und demokratischen Grundrechten auch die sozialen Anliegen unserer Zeit zu berücksichtigen sind.

Ich möchte allerdings bemerken: Wir müssen sehr, sehr, sehr achtgeben – man beachte diesbezüglich auch das Referat des Herrn Rechtsanwalts Dr. Rosenzweig, also eines Mannes, der nicht von meiner Fraktion ist, bei der letzten Tagung der europäischen Verfassungsrichter in Wien, das jetzt in der Europäischen Grundrechtszeitschrift veröffentlicht wurde –, daß wir nicht alle grundrechtswürdigen Werte über denselben Grundrechtsreformleiste schlagen. Hier, glaube ich, sollten wir die Grundrechte des Westens mit denen des Ostens konfrontieren, um das Menschenbild und die Grundwerte, an die – ich glaube das sagen zu dürfen – wir alle glauben und die wir für opferwürdig halten, verwirklichen zu können. Da wird der Jurist zu überprüfen haben, was als subjektiv-öffentliches Recht, was als Organisationsvorschrift, was als Programmsatz und was als Einrichtungsgarantie einzustufen ist.

Schon heute möchte ich an dieser Stelle sagen: Möge die Arbeit an diesen Grundrechten und ihre Verabschiedung ebenso einhellig zustande kommen, wie das bei der Verfassung 1920 der Fall war! Ich möchte auch hinzufügen: Meine Damen und Herren! Bemühen wir uns – ich sage das im Jahre 1979, ein Jahr vor dem 60 Jahr-Jubiläum des Österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 und im Bewußtsein, daß Verfassungsrecht und politische Wirklichkeit in Österreich oft weit auseinanderliegen –, bemühen wir uns gemeinsam in Österreich und tragen wir zur Glaubwürdigkeit der Republik auch gegenüber der Jugend bei, bemühen wir uns zu erreichen, daß wir neben dem neuen Grundrechtskatalog auch ein umfassendes neues Verfassungssystem unser eigen nennen können unter Komplettierung und Zusammenfassung dessen, was das Bundes-Verfassungsgesetz bietet, sonst ist ein neuer Grundrechtskatalog neben einem unvollkommenen und auch mehrfach novellierten Bundes-Verfassungsgesetz vorhanden!

Sie haben in Ihrem Programm die Stellung des einzelnen angeschnitten. Das ist nicht allein eine verbale Feststellung, sondern eine menschliche Notwendigkeit. Ich darf sagen, daß wir

13656

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

immer dem Ausbau der Möglichkeiten der Volksbefragung das Wort gesprochen haben, daß wir in diesem Raum auch mehrfache Diskussionen über die Erweiterung der Möglichkeiten des Volksbegehrens hatten, wobei ich allerdings frage: Welchen Sinn hat es, wenn acht Nationalratsabgeordneten - bitte nicht den Bundesräten; wir würden erwarten, daß bei der Novellierung auch uns dieses Recht eingeräumt wird - das Recht zur Initiative eines Volksbegehrens eingeräumt wird, wenn dieselbe Stückzahl von acht für eine Gesetzesinitiative ausreichend ist, meine sehr Verehrten? Eine geringere Anzahl als acht wäre verständlicher.

Zweitens - hier befinde ich mich in der guten Gesellschaft von Hans Kelsen, der schon in den zwanziger Jahren das geschrieben hat - wäre es gut, neben einem Gesetzentwurf auch die Möglichkeit zu geben, in einer allgemeinen, näher ausgeführten Anregung auch den Inhalt eines Volksbegehrens vorzulegen. Auch das wäre eine Erleichterung.

Darüber hinaus ließe sich darüber diskutieren, ob der Grundsatz der Amtsverschwiegenheit auf Angelegenheiten der Staatssicherheit und auf den Schutz der Privatsphäre des Einzelmenschen einschränkbar ist, ließe sich sprechen über die Partizipation des einzelnen im Planungswesen, über die Novellierung des § 8 AVG, welcher die Parteistellung des Bürgers betrifft, über die Stellung des einzelnen im Verordnungsverfahren und bei der Verordnungsanfechtung. Vieles andere ließe sich noch hinzufügen.

Ich darf Ihnen versichern, daß meine Partei auf diese Frage, die Verbesserung der Stellung des einzelnen, durch Einrichtungen der direkten Demokratie vorbereitet ist.

Ich möchte allerdings hinzufügen - ich glaube, Hohes Haus, da sind wir alle einer Meinung -: Die Einrichtungen der direkten Demokratie wird niemals auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene eine parlamentarische Staatswillensbildung ersetzen, sondern vielmehr ergänzen können. „Volk“ heißt ja auch hier nicht alles, sondern bedeutet einen Teil, der die Initiative ergreift. Ich stimme auch hier mit Hans Kelsen überein, der in seiner berühmten Schrift vom „Wesen und Wert der Demokratie“ schon Ende der zwanziger Jahre geschrieben hat:

„Es ist Aufgabe der Einrichtungen der direkten Demokratie, das freie Mandat der Abgeordneten zu ergänzen.“

Für meine Fraktion darf ich hinzufügen: Wir sind bereit dazu! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir werden in Zukunft neben

den Rechten des einzelnen - ich glaube, das ist ein Anliegen, das über die Fraktionen hinausreicht - auch die Pflichten des einzelnen und seine Aufgaben betonen müssen, daher auch den Satz: Überlege dir, ob du vom Staat mehr verlangen kannst, als du selbst zu leisten imstande bist, und wie du dich mit diesem Staat identifizierst, der mehr ist als ein mehr oder weniger gut funktionierender Mehrzweckapparat, von dem man bei einem Minimum an eigener Leistung ein Maximum an Hilfe erwartet. Das ist ein Demokratiegebot!

Das ist auch eine Frage der Moral in diesem Staat, wobei in unserer Zeit von Moral wenig gesprochen wird, so wie manche Leute den Eindruck haben: Um die Ehre spielt man beim Kartenspielen, dann wenn man kein Geld mehr hat! *(Heiterkeit.)* Meine sehr Verehrten! Hier müßte man vorsichtig sein: eine Aufgabe an uns alle. Es war treffend - ich danke dafür, Herr Vizekanzler -, daß die Frage der Demokratiemüdigkeit auch am Beginn der Regierungserklärung angeschnitten wurde. Das ist ein Problem, das uns alle trifft.

So möchte ich auch im Hinblick auf unsere Justizgesetzgebung ein paar Worte sagen. Ich bedaure sehr, daß Herr Bundesminister Dr. Broda nicht anwesend ist. Er ist eines jener Regierungsmitglieder, mit dem man geradezu dialoghaft eine Auseinandersetzung hier vornehmen kann. Er ist ein harter Geber, aber er ist - ich muß das sagen - auch ein harter Nehmer. Längst werden Mitglieder dieser Bundesregierung und vorheriger Bundesregierungen in das Stillschweigen der Geschichte dieses Jahrhunderts eingegangen sein, doch die Gesetzentwürfe des Christian Broda werden über dieses Jahrtausend hinaus wirksam sein, meine sehr Verehrten! Daher muß sich die österreichische Öffentlichkeit und müssen auch wir uns noch mehr als bisher mit ihm auseinandersetzen.

Meine sehr Verehrten! Ich wünsche vielen in diesem Raum, daß sie das Jahr 2000 erleben, Österreich allerdings ein rot-weiß-rotes Österreich und uns schon vorher - wir bemühen uns darum mit aller Kraft *(Bundesrat Steiner: Hat bis jetzt nichts genutzt!)* - eine entsprechende Regierungsbeteiligung und Regierungsbildung.

Meine sehr Verehrten, lassen Sie mich im Hinblick auf die Justizgesetzgebung ganz deutlich sagen - und das vor allem auch, weil wir ein neues Mitglied des Bundesrates unter uns wissen, das in einer interessanten Nominierung als Wiener für das Land Tirol entsandt wurde, ohne damit den Eindruck erwecken zu wollen, als wäre der Häftlingsurlaub eine Bundesnotwendigkeit geworden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. - Ruf bei der SPÖ: Sind Sie aus Niederösterreich?)* Jawohl,

Dr. Schambeck

aus Niederösterreich. Ich war in Innsbruck Professor, sogar zwei Jahre, ich bin aus Baden bei Wien. *(Ruf bei der SPÖ: Linz ist in Oberösterreich!)*

Jawohl, ich darf Ihnen aber sagen, daß ich in Baden geboren wurde, dort einen Großteil meiner Zeit zubringe und auch dort sogar wirksam war. Zum Unterschied von Ihnen bin ich dort auch seit Jahren Parteibeamter und lebe dort. Wenn Sie wollen, können Sie mich auch am Wochenende und ähnlichen Tagen dort erleben.

Was Innsbruck betrifft, möchte ich sagen, ich war in Innsbruck sogar Professor durch Jahre hindurch. Nur das sage ich auch, ich bin jedes Wochenende auch als Innsbrucker Professor nach Niederösterreich in meine Heimat gefahren und werde mich Zeit meines Lebens darüber freuen, daß ich Niederösterreicher sein und mein Heimatland im Bundesparlament vertreten darf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr Verehrten! Ich möchte Ihnen sagen: Unsere Fraktion ist im Bezug auf die Justizgesetzgebung und die Einstellung der Moral – und es schadet gar nichts, einmal von der Moral im Parlament zu sprechen – dagegen, daß mittels des Rechtes moralisiert wird und der Staat zum Voyeur, zum Spitzel im Privatleben des einzelnen wird.

Hohes Haus! Wir sind aber ebenso dagegen, daß mittels des Rechtes die Demoralisierung der Gesellschaft eingeleitet und vorangetrieben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und hier gilt es, auch einige Widersprüche aufzuzeigen, auch in dieser Regierungserklärung. Ich weiß nicht, ob sie jenen Beamten und Politikern, jenen Beamten, die sie erstellt haben, jenen Politikern, die sie zu vertreten und vorzutragen haben, immer so transparent wurden, mir sind sie auch erst beim drittenmal Lesen eingefallen und aufgefallen.

Lassen Sie mich auch den Widerspruch aufzeigen! Einerseits übertragen Sie zunehmend dem Staat immer mehr neue Aufgaben – ich werde dann gleich agrarpolitisch und wirtschaftspolitisch darauf näher eingehen –, die Sie aber nicht immer legislativ verständlich in einer Gesetzesform regeln, welche die Gesetzesflut vermehrt, und andererseits sprechen Sie der Demokratisierung das Wort.

Nichts ist so wichtig, wie die Mitbestimmung des Einzelmenschen zu steigern, zu verbessern, und nichts so gefährlich wie der schlagwortartige Mißbrauch des ideologisch verkürzt gebrauchten Wortes „Demokratisierung“.

Es kommt darauf an, den Menschen auf diese Demokratisierung vorzubereiten, und zweitens nicht zu übersehen, daß es unterschiedliche

Sachstrukturen gibt. Eine Schule der 10- bis 14jährigen, der 14- bis 18jährigen, die Hochschule, die Kirche, die Wirtschaft, die Sozialbereiche sind unterschiedlich zu demokratisieren.

Hennis, einer der bedeutendsten deutschen Politologen, nicht von meiner ideologischen Reichshälfte herkommend, erklärt in seiner bekannten Schrift „Demokratisierung – die Problematik eines Begriffes“ schon vor einigen Jahren, die abendländische Sozialordnung von der Antike bis zur Gegenwart kennt die Unterscheidung von politischen und nichtpolitischen Begriffen. Und die große jüdische Philosophin, leider nicht mehr lebend, Hannah Arendt hat im Hinblick auf diese Frage der Demokratisierung erklärt, die abendländische Geschichte beginnt bei Plato und Aristoteles. Sie scheint, sagt Hannah Arendt, mit Karl Marx ihr Ende zu finden.

Meine sehr Verehrten! So wichtig der Begriff der Demokratisierung ist, so sehr ist es auch seine ideologische Belastungsmöglichkeit. Nicht alles läßt sich in gleicher Form demokratisieren. Manches geht dann auf Kosten der Freiheit des einzelnen, und die Demokratisierung kann zu einer Jakobinisierung führen. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts liefert viele Beispiele dafür. *(Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Schipani: In der ÖVP!)*

Meine Damen und Herren! Das war nur eine einleitende Bemerkung zu einem Grundproblem, das der Herr Innenminister Lanc, der heute leider nicht unter uns ist, er konnte auch nicht weggehen, weil er nicht da war, aber ich weiß, er schneidet dieses Thema immer sehr gerne an, und er hat in einer Rede, ich glaube, es war am Städte-Tag, das Thema der demokratisierten Bezirksverwaltung angeschnitten. Ich hätte das heute nicht gebracht, wenn Sie nicht dieses Thema angeschnitten hätten und wir nicht ganz genau wüßten, daß das ein Zentralanliegen Ihres Prioritätenkatalogs für die nächste Legislaturperiode ist. *(Bundesrat Heller: Besonders in Niederösterreich!)*

Meine sehr Verehrten! Hier muß man äußerst vorsichtig sein. Herr Stadtrat *(Bundesrat Schipani: Herr Bundesrat!)*, Sie können dazu Ihre Wiener Erfahrungen als Lebensbericht beisteuern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, es ist eine Erkenntnis, die über die Fraktionen hinausreicht und allgemein anerkannt ist in der Verwaltungslehre und der Verwaltungspraxis, daß eine autokratisch geführte Verwaltung der Berufsbeamten dem demokratischen Rechtsstaat und dem Artikel 18 Absatz 1-Gebot am besten entspricht.

13658

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

Jetzt könnte mir jemand entgegenhalten, das ist so die Schlüssellockperspektive eines ÖVP-Bundesrates nach der vierten Wahlurnenlage dieses Jahrzehntes. (*Bundesrat Schipani: Das haben Sie erraten!*) Ich allerdings möchte, das habe ich jetzt gesagt, Herr Kollege, sagen, ich befinde mich in einer sehr guten Gesellschaft, nämlich in der Gesellschaft jenes Mannes, auf den das Bundes-Verfassungsgesetz zurückgeht: Hans Kelsen. Hans Kelsen hat im Jahre 1921 – nachlesbar in seiner Schrift, ich habe nämlich die gesammelten Schriften von Kelsen, Merkl und Verdross mit herausgegeben, und glaube, mich da ein wenig auszukennen in dieser Literatur – geschrieben, und ich möchte Ihnen nun Hans Kelsen zu diesem Vorschlag der SPÖ-Bundesregierung zitieren. Mein verehrter Lehrer Adolf Merkl, der Mitschöpfer der Bundesverfassung war – ich war sein letzter Assistent –, folgt gleich mit seiner Feststellung aus dem Jahre 1927.

Hans Kelsen erklärte, ich zitiere wörtlich: „Allein so naheliegend das Schlagwort ist ‚fort mit dem ernannten Bezirkshauptmann‘ – bitte, das schrieb er im Jahre 1921, wo er noch nicht das „Glück“ gehabt hat, die Regierung Kreisky IV in ihrer Regierungserklärung zu erleben –, „so selbstverständlich scheinbar dieser ernannte Bezirkshauptmann nicht mehr in die Reihe paßt, die von dem vom Nationalrat gewählten Bundesminister über den vom Landtag gewählten Landeshauptmann bis zu dem von der Gemeindevertretung gewählten Bürgermeister geht, so wenig überflüssig ist es, sich die ganze Bedeutung der geforderten Reform nach allen Seiten klarzumachen. Die Bezirksverwaltung“ – schrieb Kelsen – „ist heute die Hauptsäule unseres ganzen Verwaltungsgebäudes. Im Umbau von entscheidenden Folgen wird sie für das Staatsleben sein. Man kann ernstlich daran zweifeln, ob die Reform der Verfassung oder die der Bezirksverwaltung von größerer Wirkung für die Gesamtheit ist.“

Und an anderer Stelle sagt er: „Niemals kann die Demokratisierung der Verwaltung die Beamtenschaft in diesem Sinne verdrängen, ohne einen Rückfall in den ärgsten Primitivismus zu bewirken.“

Ich bringe noch eine dritte und letzte Stelle von Kelsen: „Damit würde neben der demokratischen Ministerialverwaltung im Bezirk auch die demokratische Kollegialverwaltung eingeführt. Der Bezirksvertretung als beschließendem Kollegium die gesamte Bezirksverwaltung zu überweisen, ist mit Rücksicht auf die Beschaffenheit des überwiegenden Großteiles dieser Agenden unmöglich“, schrieb Kelsen. „Das bedeutet eine ganz unerträgliche Verschleppung, ja die Gefahr einer Lahmlegung des

ganzen Verwaltungsapparates“, schreibt der Schöpfer des Bundes-Verfassungsgesetzes, Hans Kelsen.

Und Adolf Merkl, allgemein anerkannter Staatsrechtslehrer und Mitarbeiter der Verfassung 1920, erklärt auf Seite 339 seines Lehrbuches „Allgemeines Verwaltungsrecht“, Neudruck 1969, in der Literatur unwidersprochen, „Es ist die paradoxeste ...“ (*Bundesrat Schipani: Er muß die verkehrten Unterlagen erwisch haben! Sie glauben, Sie sind auf der Universität!*) Kollege Schipani ist anderer Meinung als Kelsen und Merkl, die leider nicht das Glück haben, Schipani erlebt zu haben. (*Bundesrat Schipani: Sie sind genau in der Zeit stehengeblieben, die Sie apostrophiert haben!*) Nein, Herr Kollege, aber zu Rechtsproblemen kann man nicht polemisieren, da muß man sich dem Problem stellen, und das hat Ihre Regierung angeschnitten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Merkl schrieb: „Es ist die paradoxeste Eigenschaft der demokratischen Verwaltungsorganisation, daß sie in ihren letzten Konsequenzen die Demokratie zu gefährden geeignet ist, wogegen sich ihr Widerpart, die autokratische Verwaltung, in ihren Konsequenzen geradezu als Hort der Demokratie bewahren kann. Man muß sich daran erinnern, daß der immanente Sinn der Verwaltung Vollziehung und im besonderen in der Demokratie Vollziehung des in Gesetze geformten Volkswillens der Gesamtheit ist.“

Meine sehr Verehrten! Sind das nicht Sätze, die zu denken geben, anlässlich der Forderung einer Demokratisierung der Bezirksverwaltung?

Meine sehr Verehrten! Hier wird in einer Pseudopluralität der Demokratisierung des öffentlichen Lebens Tendenzen das Tor geöffnet, die im Widerspruch stehen mit den Leitsätzen des Bundesverfassungsrechtes.

Aber das ist keine Zufallsäußerung. Denn wenn Sie weiterlesen und weiterhören in dieser Regierungserklärung, sieht man, darinnen ist ein System, meine sehr Verehrten, des Angedeuteten, und man muß auch, was ich jetzt tun werde, Äußerungen, die in letzter Zeit gemacht wurden, auch dazu noch hinzufügen.

Mehr noch als in der Regierungserklärung 1975 wird nun deutlich, daß keine allen gleich offene, keine pluralistische Gesellschaft angestrebt wird, sondern eine die Rolle des einzelnen sehr genau in eine einzige Richtung hin lenkende Politik, die die kommende Gesetzgebungsperiode auch in der Rechtspolitik bestimmen wird.

War noch in der XIII. Gesetzgebungsperiode ein klares Ja zu einem pluralistischem Familien-

Dr. Schambeck

bild vernehmbar, im Eherechtswirkungsgesetz 1975 noch umschrieben, so hat das Eherechtsänderungsgesetz mit der mehrstimmigen Scheidungsreform durch die Ehegesetznovelle klar gezeigt, welches Familienbild, welch einzige Rolle von Eltern und Kindern eigentlich vorstellbar ist. Hier ist eine Intoleranz deutlich werdend, ein Etikettenschwindel, wenn unter dem Banner von Liberalität bewußt Verhaltensweisen in einer bestimmten Richtung erzwungen werden, nämlich jene, die eben in das ideologische Familienverständnis des Marxismus passen. *(Bundesrat Dr. Skotton: Jetzt kämpfen Sie aber gegen Windmühlen!)*

Immer wird nur eine Lebensfäson als einzige richtige anerkannt. Das Recht zwingt durch seine neuen Wertungen zu bestimmten, nach einer Art Moral nicht richtig angesehenen Lebensweise. Die Einsicht, Hoher Bundesrat, daß ein sozialer Rechtsstaat nicht nur an der Quantität des materiellen Rechts gemessen werden kann, macht sich nunmehr Raum in der neuen Regierungserklärung.

Aber die Ursachen für das wachsende Unbehagen über die Wege der Rechtsdurchsetzung scheinen nur zum Teil erkannt worden zu sein. Es geht nicht nur um eine bessere Information über Rechtswege zur Durchsetzung von Ansprüchen, unklare, widersprechende, häufig novellierte Gesetze lassen selbst die Beratung oft wie gut ausgedachte Umleitungen in die Sackgasse erschienen. Der Rechtssuchende kommt nicht ans Ziel, er gibt nur erschöpft auf. Damit hat der Staat, die Gemeinschaft aber ihre Aufgabe nicht erfüllt. Daher ist sicher ein besseres Verfahrensrecht notwendig. Auch ich bekenne mich dazu. Doch Reformnotwendigkeit ist nicht allein am Alter der zu reformierenden Gesetze abzulesen! Ich wünsche manchem Gesetz des 20. Jahrhunderts die Güte und das Deutsch des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches vom Jahre 1811. *(Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Schipani: Sie haben aber überall mitgewirkt, Herr Professor!)*

Gerade die vielen Einzelregelungen haben die Effektivität bewährter Verfahrensrechte durch Sonderregelungen und zufällige Abweichungen in Frage gestellt. Der Herr Vizekanzler hat eine Passage vorgelesen, die ich auch unterstreichen möchte, dem sei zugestimmt, weil nämlich der Herr Bundesminister Dr. Broda in seiner Erklärung ... *(Bundesrat Schipani: Sie sind doch bedeutungslos, wer fragt denn vor der österreichischen Bevölkerung schon Sie!)*

Herr Kollege Schipani, Sie haben die Rolle einer Opposition nicht erlebt. 1 900 000 Wählerstimmen sind nicht bedeutungslos *(Beifall bei der ÖVP)* und gibt noch lange, Herr Kollege Schipani, das Recht, sich zu einer Regierungser-

klärung äußern zu können. Aber der Kollege Schipani soll ruhig weiter Zwischenrufe machen; es ist nämlich ein Zeichen für das Demokratieverständnis, das hier vorherrschend ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Dr. Skotton: Wenn man Zwischenrufe macht, hat man kein Demokratieverständnis? Seit wann denn, Herr Kollege?)*

Herr Kollege Schipani kann nachlesen, wann von mir einmal Zwischenrufe gemacht werden. Lassen Sie mich, Kollege Skotton, aussprechen.

Die SPÖ-Fraktion läßt mich nicht einmal aussprechen, wenn ich sagen möchte, ich stimme mit Broda überein *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, daß eine auskunftfreundliche Justiz erforderlich ist. Christian Broda hat recht, wenn er sagt, daß eine auskunftfreundliche Justiz erforderlich ist, und ich möchte hinzufügen, so sehr wir nicht dafür sind, daß in gigantischem Ausmaß, wo es sachlich nicht gerechtfertigt ist, die Zahl der öffentlich Bediensteten enorm zunimmt, aber hier möchte ich ehrlich sagen, unterstützen wir – Herr Vizekanzler, als Finanzminister – im Justizbereich Anträge auf Vermehrung um 40 Dienstposten. Ich glaube, es ist wirklich notwendig, was hier geleistet wird, auch von unseren Rechtspflegern, ist enorm. Wir können nicht allein, Hoher Bundesrat, ein Unterhaltsvorschußgesetz beschließen, eine Familienrechtsreform verabschieden, das Wohnungseigentumsgesetz und uns die EDV-Umstellung des Grundbuches vornehmen, ohne hier eine entsprechende Unterstützung zu geben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Verständnis unseres Staates als Gemeinschaft erfordert auch stets den Menschen, und zwar an welchem Platz immer, zuerst zu sehen. Das gilt auch für das Verständnis der eigentlichen Last der Vollziehung durch unsere öffentlich Bediensteten. Hier geht es nicht bloß um die leistungsgerechte Entlohnung, die wir auch fordern, sondern mit um die entsprechenden Arbeitsbeziehungen. Hier darf Mitbestimmung und Mitsprache nicht halt machen, ihnen gegenüber darf nicht Verwaltungsreform so formuliert werden, als würden sie nur die Fehler der Gesetze zu verantworten haben, als würden sie nur die Fehler der Gesetze zu verantworten haben, die Parteien hingegen ausschließlich die Verantwortlichen für jede Verbesserung sein. Auch hier fällt auf, daß kein substantieller Ausbau der Mitbestimmung im Personalvertretungsrecht vorgesehen ist. Ja, bei Neubesetzung in der Bundespersonalvertretungs-Aufsichtskommission gewinnt man sogar aus Äußerungen den Eindruck, daß jener rechtsstaatliche Schutz, wie er über Arbeitsgerichte und Einigungsämter den übrigen Arbeitnehmern zuteil wird, hier ausgespart werden soll.

13660

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

Überhaupt scheint, wie auch jüngste Vorschläge zur zweifelsohne überaus wichtigen Neuordnung des Entmündigungsrechtes zeigen, daß weniger der Mensch als das ohne menschliche Vollziehung kalte und tote Recht entscheidend sein werden. Näher zu unseren Mitmenschen, Hilfe, Verständnis für seine und aller Probleme erfordert eine ausgewogene Lösung der zu erforschenden Problem- und Interessenlagen.

Viele Punkte in der neuen Regierungserklärung haben sich bereits in der vorherigen Regierungserklärung befunden und sind ungeändert geblieben, meine sehr Verehrten. So zum Beispiel das Problem des Wohnens, die Aussagen über die angestrebten Lösungsmöglichkeiten werden aber immer schmaler, ohne daß deutlich wurde, daß die zweifellos größer gewordenen Probleme auf ihre Ursachen hin richtig erforscht wurden. Gerade in so lebenswichtigen Fragen wie Familie, Wohnen aber sollten auch weiterhin Lösungen auf breiter Basis durch das jeweils beste Argument gefunden und Prestigestandpunkte ad acta gelegt werden. Sie haben bisher den Standpunkt vertreten, alle Kinder sind gleichviel wert, deshalb auch eine gleiche Familienbeihilfe. Sie müssen nun erkennen, daß dieser gleichmacherische Standpunkt unhaltbar ist und deuten eine Altersstaffelung an. Gleichzeitig wird das Problem der Mehrkinderfamilie aufgezeigt.

Die Österreichische Volkspartei hat in der letzten Gesetzgebungsperiode, Hoher Bundesrat, eine Reihe von Familienlastenausgleichsanträgen gestellt, in denen sowohl eine Altersstaffelung wie eine Verstärkung der Mehrkinderstaffelung verlangt wurde. Sie wurde nur von den Sozialisten abgelehnt, meine sehr Verehrten. Nur um das im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit dieser familienpolitischen Passagen zu sagen.

Der Grundsatz der gleichen Beihilfe ist vor allem deshalb falsch, weil jedes zusätzliche Kind bei gleichbleibendem Familieneinkommen, wenngleich es auch für sich betrachtet relativ weniger kostet, doch eine überproportionale Belastung bedeutet, daß diese wenn auch relativ verminderten Kosten im Familieneinkommen nicht mehr unterzubringen sind und daher der Lebensstandard der gesamten Familie gesenkt wird. Wenn es Ihnen ernst ist, meine Damen und Herren von der SPÖ, dann sollten Sie im österreichischen Nationalrat dem ÖVP-Antrag auf Altersstaffelung und Mehrkinderstaffelung zustimmen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben in Ihrer Rede die Startwohnungen angeschnitten. Hoher Bundesrat! Diese Startwohnungen sind überhaupt nur in Ballungsräu-

men einsetzbar und gerade dort problematisch, weil es zu einer Ghettoisierung führt. Gerade die jungen Ehepaare werden dann in diesen Heimen sozial abgeschichtet leben und mit ihrer geringen Eheerfahrung und ihren gleichartigen Problemen allein gelassen.

Gerade in den ersten Ehejahren erreicht die Scheidungsrate Spitzenwerte. Ich verweise auf die oftmaligen Initiativen der Österreichischen Volkspartei für eine finanzielle Wohnstarthilfe, damit eine familiengerechte Wohnung erschwinglich wird.

Gleichzeitig müssen aber für die Familie und das Kind – für die Familie und das Kind im besonderen – auch von der Regierung mehr glaubwürdige Bekenntnisse abgelegt werden. Vor lauter Vorschlägen zur Entlastung der Familie wird nämlich darauf vergessen, schlicht und einfach zu sagen, daß Kinder Freude bringen, daß Zusammenleben in einer Ehe und Familie schön und befriedigend ist und für den Bestand der Ehe und Familie ebensoviel Kraft aufgewendet werden soll, Hoher Bundesrat, und Beistand geleistet, wie dies anscheinend bei den immer zahlreicher werdenden Scheidungen der Fall ist *(Beifall bei der ÖVP)*, wobei ich allerdings auch eines hinzufügen möchte: daß es gerade auf diesem Gebiet so viele existentielle Situationen gibt, die vom Einzelschicksal her zu beurteilen sind, ohne sich hier en bloc für alle gleich geltende Urteile anmaßen zu wollen; auch ich nicht. Unterschiede und Gegensätzlichkeiten gibt es aber auch in anderen Bereichen Ihrer sozialistischen Regierungspolitik und Parlamentspolitik zu betonen, vor allem dann, wenn über das Angedeutete hinaus konkrete Maßnahmen vorbereitet werden und man das über unbestimmte Formulierungen in der Regierungserklärung hören und lesen kann.

Ich stimme zum Beispiel in der Schulpolitik, in der Anerkennung der Bedeutung des berufsbildenden Schulwesens mit Ihnen überein, ebenso was die Schulversuche anbetrifft. Aber eines lassen Sie mich hinzufügen, Hohes Haus. Dort trennen sich für uns von der Österreichischen Volkspartei die Wege, wo diese Schulversuche nicht entsprechend vorbereitet, begleitet und ausgewertet werden, wo durch eine Vielzahl von Schulversuchen der Gesetzesbeschluß vorweggenommen wird, und wo man bereits zu Beginn der Schulversuche oder mitten drin das Ergebnis verkündet und das noch dazu mit Begriffen, die ideologisch verkürzt sind.

So möchte ich Ihnen sagen, daß wir kritisch bis ablehnend Ihrer Idee der integrierten Gesamtschule gegenüberstehen, hinter der sich nichts anderes verbirgt, als die Idee des Otto Glöckel von der Einheitsschule, von der Otto Glöckel selbst so „begeistert“ war, daß er

Dr. Schambeck

bekanntlich sein eigenes Kind ebenso in die katholische Klosterschule geschickt hat, wie andere prominente Sozialisten jetzt ihre Kinder ins Theresianum. *(Bundesrat Dr. Skotton: Das Theresianum ist keine Klosterschule!)*

Unsere Ablehnung der integrierten Gesamtschule wird mit kritischen Worten gegenüber der Ganztagschule begleitet, von der ich Ihnen sagen möchte, daß eine Freiwilligkeit in der Formulierung als freiwillige Ganztagschule nicht intellektuell redlich ist. Denn wenn am Nachmittag obligatorischer Unterricht ist, dann wird kein Elternteil freiwillig die Entscheidung treffen können, nachmittag das Kind alleine für sich zu haben.

Wir hoffen sehr, daß im Hinblick auf die Rechte der Familie diese Anliegen, meine Damen und Herren, neben den Schulversuchen zur Ganztagschule die Tagesheimschule mit unserem Modell genauso als Alternative angeboten und erprobt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das dritte, das ich hervorheben möchte, meine Damen und Herren: Natürlich ist es erforderlich, daß wir mit der Entwicklung der Gesellschaft, mit den Erfordernissen des städtischen und ländlichen Raumes, der sich ja weiter entwickelt, auch Überprüfungen unserer Schulorganisationsformen vornehmen.

Nur eines sei hinzugefügt: Übersehen wir ja nicht, daß es neben der äußeren Schulorganisationsreform auch eine innere, eine Lehrplanreform gibt, in der man oft wertvollstes erreichen kann, ohne daß dies übermäßig viel Geld kosten muß oder ohne daß Nivellierungs- und Uniformierungstendenzen ideologisch bedingt Platz greifen, die im Widerspruch stehen zu dem differenzierten Leistungserfordernis der technisierten modernen Industriegesellschaft.

Meine sehr Verehrten! Ich glaube, wir sollten uns bemühen, daß der junge Mensch nicht allein Wissen vermittelt erhält, sondern sich auch ein Gewissen darüber macht. Ich meine, wir sollten uns in diesem selben Maße auch fragen: Ist es nicht notwendig, daß manche, die heute das Wort reden zur Abschaffung des Latein- und Griechisch-Unterrichtes, sich doch auch sagen: einige interessiert es ja wirklich und einige brauchen es auch für ihre Weiterbildung, und denen soll man doch die Möglichkeit lassen.

Erlauben Sie mir, daß ich es sage, denn als vierzehnjähriger Bub habe ich die Realschule verlassen, habe in den zwei Monaten Ferien Latein nachgelernt und bin dann in die vierte Klasse Gymnasium übergetreten und war glücklich, daß ich Latein und Griechisch lernen konnte. Ich möchte das aber nicht einem jeden zumuten, aber die Möglichkeit soll man offen halten, denn, liebe Freunde: Wenn man für die

Pluralität ist, dann auch hier im Bildungsgeschehen, meine sehr Verehrten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe das hier ausgesprochen, was in der Regierungserklärung nur angedeutet ist, aber was ja gewollt wird. Denn wenn man die Äußerungen der Frau Bundesminister Dr. Firmberg, weniger diesbezüglich die des Herrn Ministers Dr. Sinowatz, aber vor allem die des Bildungsideologen der SPÖ hört – der früher dort saß, wo jetzt der Kollege Keller sitzt, ich werde nie diese Diskussionen mit ihm vergessen, Hermann Schnell –, dann weiß man ja, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll und der sein ein Nein entgegengestellt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Nein möchte ich Ihnen sagen, denn nach der Gesetzwerdung 1962 werden Sie in der Bildungspolitik nichts ohne unsere Zustimmung auch bei dem gegenwärtigen Kräftefeld erreichen können. *(Bundesrat Schamberger: Herr Kollege, Sie haben immer einen Bremsschuh hingelegt!)*

Meine Damen und Herren! Ähnlich wie bei der Bildungspolitik ist es auch bei der Hochschulpolitik. Die Frau Bundesminister Dr. Firmberg plant mehr, als in dieser Regierungserklärung drinnen steht. Ich bin auch für den Ausbau der Forschungsförderung, nur eines möchte ich auch hinzufügen: Neben der Boltzmann-Gesellschaft gibt es auch Universitätsforschungsinstitute, und es möge sich keine Tendenz zeigen, daß auf Kosten der Forschung an den Universitäten die Mittel gekürzt werden zugunsten der Boltzmann-Gesellschaft. *(Bundesrat Schipani: Es müssen halt Resultate auch gebracht werden!)*

Wobei ich sagen will, daß es sehr erfreulich ist, daß es außerhalb der Universitäten auch im privaten, im gesellschaftlichen, im nichtstaatlichen Bereich solche Gesellschaften gibt. Hier hat die Akademie der Wissenschaften durch Jahrhunderte Bedeutendes geleistet. Es bemüht sich jetzt auch die Boltzmann-Gesellschaft, und ich wünsche ihr auch dafür den entsprechenden Erfolg.

Meine sehr Verehrten! Wir wollen allerdings nicht über die Universitäten sprechen, ohne jene zu vergessen, die an diesen Universitäten studieren, das sind die Studenten. Hier möchte ich zwei Forderungen in den Raum stellen, erstens, daß man deren Stipendien dynamisiert und ihnen hilft; eine alte Forderung über die Fraktionen hinweg, auch vor der letzten Hochschulwahl, wir wollen sie nach der Wahl nicht vergessen, und außerdem, daß man die Wertgrenzen entsprechend anhebt, daß die nicht ... *(Bundesrat Schipani: Sie haben vergessen,*

13662

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

daß Ihre Partei diesen Antrag abgelehnt hat! - Bundesrat Dr. Skotton: Ihre Partei hat sich dagegen gewehrt, daß das noch vor dem Sommer ins Parlament kommt! - Bundesrat Schipani: Pharisäertum!

Darf ich Ihnen sagen, daß das eine alte Forderung der Österreichischen Volkspartei ist und daß wir im Bundesrat selbst ... *(Bundesrat Dr. Skotton: Sie haben sich dagegen gewehrt, daß das noch vor dem Sommer ins Parlament kommt!)* Es ist dies eine alte Forderung unserer Partei, die auch im Bundesrat x-mal eingebracht wurde. *(Ruf bei der SPÖ: Leeres Gerede!)*

Herr Kollege, zu dem „leeren Gerede“ kriegen Sie jetzt sofort die Antwort, weil ich mit den Zahlen aus der Wirtschafts- und der Sozialpolitik komme, und ich würde mich freuen, wenn die leeres Gerede wären, etwa die Staatsverschuldung, etwa die Situation der Bauern und ähnliches mehr. *(Bundesrat Schipani: Hier war der 6. Mai der entscheidende Tag! Was wollen Sie noch? - Bundesrat Bürkle: Reden werden wir doch noch dürfen?!)*

Meine sehr Verehrten! Die bildungspolitischen Voraussetzungen sind notwendig für das, was Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit verlangen. Hier möchte ich Ihnen sagen, daß wir in unserer kritischen Einstellung zu Ihrem wirtschaftspolitischen Willen uns nicht alleine befinden. *(Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)*

Man soll niemanden hindern, seine demokratische Visitenkarte abzugeben. *(Bundesrat Schipani: Ich habe mir das Recht genommen, einen Zwischenruf zu machen!)*

Es ist mir eigentlich immer gesagt worden, daß ein Ordner die Aufgabe hat, zur Ordnung beizutragen, der Kollege Schipani ist hier anderer Meinung. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Ich werde doch etwas sagen dürfen!)* Aber unsere Fraktion hat ihn ja in diese Funktion nicht gewählt, daher tragen wir auch dafür keine Verantwortung. *(Ruf bei der SPÖ: Es ist einstimmig gewählt worden! - Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)* Ja, das stimmt, und ich bin auch darüber erfreut, weil wir ein herzliches Einvernehmen haben und eine Gesinnungsgemeinschaft von Freunden sind.

Meine sehr Verehrten! Ronald Barazon schreibt in den „Salzburger Nachrichten“ vom 20. 6. 1979 zu dieser Regierungserklärung - kein ÖVP-Funktionär:

„Die Regierung ist offensichtlich fest entschlossen, weiterhin Politik gegen die Wirtschaft zu machen und dabei permanent von der Förderung der Unternehmungen zu reden. Daß

trotz aller Förderungen seit längerem die Investitionen zurückgehen, gibt den Verantwortlichen auf der Regierungsbank nicht zu denken. Man brüstet sich mit spektakulären Erfolgen, die mit Hilfe von großen Staatszuschüssen erreicht werden und bei näherer Betrachtung keineswegs den publizistischen Aufwand rechtfertigen.“

Barazon schreibt dann weiter:

„In einem Land, in dem täglich etwa tausend neue Arbeitsplätze aus der Kraft der Unternehmungen Jahre hindurch geschaffen wurden, feiert die Regierung die Installierung“ - ich möchte sagen, begrüßenswerte Installierung - „eines General-Motors-Werkes für 1 500 Arbeiter als Sensation.“ Barazon fügt hinzu: „Und zahlt dafür Hunderte Millionen Schillinge. Daß aber die Wirtschaftspolitik in letzter Zeit die Leistungsfähigkeit der Firmen laufend schmälert und daraus unvermeidliche Folgen für die Beschäftigungslage entstehen müssen, übersieht man geflissentlich.“ *(Bundesrat Dr. Skotton: Darum haben wir die höchste Beschäftigungszahl seit 1945!)* Kollege Dr. Skotton! Ich gehe jetzt gleich auf diesen Ihren freundlichen Zwischenruf ein.

In den wirtschaftspolitischen Passagen dieser Regierungserklärung fällt das Auseinanderklaffen von Worten und Tatsachen auf *(Bundesrat Schipani: Bei Ihnen!)*, das Verschweigen konkreter Lösungsvorschläge der aufgezeigten Probleme sowie das Fehlen grundsätzlicher ordnungspolitischer Bekenntnisse. Zwar betont man, woran keine Partei in diesem Land und auch wir nicht zweifeln würden, den Vorrang der Vollbeschäftigung und gleichzeitig die Notwendigkeit eines ausgleichenden Wirtschaftswachstums, doch vermisste ich die Bemerkungen dazu, auf welchem ordnungspolitischen Konzept basierend diese Ziele erreicht werden sollen.

Im Gegensatz dazu hat die Österreichische Volkspartei mit ihrem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft eine klare Linie ihres wirtschaftspolitischen Handelns festgelegt, welche auf der Freiheit des einzelnen, des sozialen Ausgleichs und der Leistung als Motor bei der Bewältigung der kommenden Probleme beruht. Eine soziale Marktwirtschaft, die jenes Wirtschaftssystem ist, das mit unserem Verfassungsrechtssystem, im besonderen mit unseren Grundrechten vereinbar ist, während das von Ihrer Idee der sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht behauptet werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier darauf verweisen, daß unsere Verfassungs- und Rechtsordnung ein Nebeneinander von verstaatlichter und vor allem privater

Dr. Schambeck

Wirtschaft anerkennt, von Interessensverbänden auf Vereinsbasis und Kammern. Ich verweise auf die Grundrechte des Schutzes des Eigentums, der Freizügigkeit der Person, des Vermögens, des Aufenthaltes, der Berufswahl, der Berufsausbildung, der Arbeitsplatzwahl, des Liegenschaftserwerbs und der Erwerbsbetätigung.

Hoher Bundesrat! Hier zeigt sich die Verbundenheit von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung. Im Zusammenhang mit der in der Regierungserklärung betonten Arbeitsplatzsicherung sei jedoch darauf verwiesen, daß eine falsche sozialistische Budget- und Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit den Bewegungsspielraum künftigen wirtschaftspolitischen Handelns erheblich eingeschränkt hat. Staatsschulden in der Höhe von über 250 Milliarden Schilling, deren Aufnahme in der Vergangenheit nicht nur aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung erfolgte, bedeuten nicht nur eine Pro-Kopf-Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung an die 100 000 S pro Kopf, sondern beeinträchtigen die Konjunkturabilität erheblich. Ein Finanzschuldenaufwand von 12 Prozent der Gesamtausgaben oder 36 Milliarden Schilling im Jahre 1979 veranlaßte die Regierung auch deutlich auszusprechen, daß vom Staatshaushalt in den nächsten Jahren keine Impulse zur Arbeitsplatzsicherung durch zusätzliche Ausgaben ausgehen werden. *(Bundesrat Dr. Skotton: Ich möchte nur wissen, wieso wir dann ein so hohes Wirtschaftswachstum haben?)*

Daß die Schulden der Vergangenheit die Steuern von morgen sind, führen auch die Bemerkungen über die kommende Steuerpolitik vor Augen. Hinter den Worten „Beseitigung ungerechtfertigter Begünstigungen im Steuerrecht“ steht die massive Drohung weiterer Steuererhöhungen. Daß die Österreicher zurzeit bereits 41 Prozent des Bruttonationalproduktes an den Staat abführen müssen und jeder Österreicher somit zwei Tage in der Woche für den Staat arbeitet, ist der sozialistischen Regierung anscheinend noch nicht genug. Die sozialistische Steuerpolitik, welche den primären Anspruch des Staates auf Einkommen und Vermögen zum Grundsatz ihrer Besteuerungsphilosophie gemacht hat, wird es in ihrer Logik sicher leicht haben, jeden Schilling, der noch nicht verstaatlicht ist, als ungerechtfertigte Steuerbegünstigung anzusehen.

Sozialistische Steuergerechtigkeit wird wohl erst dann verwirklicht sein, wenn der Staat das private Einkommen zu 100 Prozent besteuert hat, um danach ein Höchstmaß an vermeintlichen Geschenken, Begünstigungen und Förderungen verteilen zu können. Diese Vision zeigt sich bereits heute in Ansätzen, wenn auf der

einen Seite durch die Erhöhung der Kreditsteuer 500 Millionen Schilling eingehoben und auf der anderen Seite 400 Millionen Schilling für zusätzliche Zinsverbilligung ausgegeben werden.

Diese Regierungserklärung spricht von der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe und meint Lenkung der Wirtschaft. Betriebe und Unternehmen, denen man nicht ihr Eigenkapital wegbesteuert, wie dies durch das zweite Abgabenänderungsgesetz 1977 geschehen ist, und welche man nicht mit laufenden Steuererhöhungen in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt, werden sicher auch weniger staatliche Förderung benötigen. Zuerst zu besteuern, um dann als Retter der Wirtschaft auftreten zu können, ist allem Anschein nach doch ein erklärtes Ziel sozialistischer Machtvorstellungen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ebenso, meine sehr Verehrten, die soziale Partnerschaft verbal zu beschwören und ihr keinen entsprechenden Bewegungsspielraum zu lassen. *(Bundesrat Schipani: Behauptete Unwahrheiten werden auch nicht wahrer, wenn Sie sie noch so oft wiederholen!)*

Eine Verschleierung wahrer Machtabichten liegt auch in der Formulierung, daß die im indirekten Einflußbereich des Staates gelegenen Industriebetriebe in die industriepolitischen Zielvorstellungen dieser Regierung eingebunden werden. Worum es hier geht, ist klar. Die aus der politischen Beeinflussung einigermaßen herausgehaltenen Konzernbetriebe der politischen Banken, die ja auch in den Bundesländern vorhanden sind, sollen wohl stärker zur sozialistischen Domäne umfunktioniert werden. *(Zwischenruf des Bundesrates Schipani.)* Herr Kollege! Wir werden in diesem Bundesrat noch eine Verstaatlichungsdebatte abhalten. Ich bin davon überzeugt, daß sich dazu die entsprechende Gelegenheit gibt. *(Bundesrat Schipani: Wir werden darüber reden, wie Sie sich in den Betrieben aufführen, wie Sie glauben, Sie können bestimmen, was gemacht wird!)* Herr Kollege Schipani, Sie meinen vor allem bei Berndorf Ihren sozialistischen Betriebsratskollegen? Auf den Zwischenruf habe ich gewartet! Sie meinen Ihren sozialistischen Betriebsratsobmann bei Berndorf Josef Leskowac, der es mir als Mandatar verbieten wollte, in seinem Betrieb im Wahlkampf Zettel und meine eigene Visitenkarte zu verteilen, während der ganze Betrieb in sozialistische Plakate eingetaucht war, meine Damen und Herren. Auf den Zwischenruf habe ich gewartet! *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Das ist anders gewesen!)*

Denn wenn der Kollege Leskowac so etwas bietet und wenn der Kollege Minkowitsch auf Betriebsterrorfälle hingewiesen hat, dann darf

13664

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

ich sagen, in meinem Bereich als Hauptbezirksparteiobmann von Baden im Werk Berndorf der Aluminiumwerke habe ich einen solchen Fall sehr deutlich erlebt. Ich könnte Ihnen noch andere hinzufügen, aber hier ist nicht der Platz dazu, ich wollte dem Kollegen nur die Antwort darauf geben. *(Beifall bei der ÖVP. - Bundesrat Schipani: Sie haben geglaubt, Sie können bestimmen und nicht die Betriebsführung!)*

Meine Damen und Herren! 30 Jahre nach der Verstaatlichung eines Großteils der österreichischen Industrie ist es endlich Zeit, daß man sich um ein gesamtwirtschaftliches Konzept Österreichs bemüht, wo der Standort, die Pflichten und die Aufgaben der verstaatlichten und die Möglichkeit der privaten Wirtschaft klar umrissen werden; noch dazu, wo wir heute wissen, daß es jene private Wirtschaft ist, die das Steueraufkommen zum Großteil erbringt.

In der Regierungserklärung wird einer Verbesserung der Eigenvorsorge viel Platz geschenkt. Hoher Bundesrat! Diese Worte stehen im eklatanten Gegensatz zu einigen Maßnahmen der letzten Zeit. An dieser Stelle möchte ich nur erwähnen die Reduzierung der Sparförderung, den Zugriff auf das Sozialkapital durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, das Verbot des Betriebssparens im Kreditwesengesetz. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß von Eigenvorsorge von sozialistischer Seite nur dann gesprochen wird, wenn die Budgetsituation die Finanzierbarkeit grundlegender sozialer Anliegen in Frage stellt.

Im Gegensatz zu dieser Haltung tritt die ÖVP immer wieder für die Eigenvorsorge ein. Dazu gehört insbesondere unser Anliegen zur Verwirklichung zur Eigentumsbildung. Bewußt wird von sozialistischer Seite dieses, die individuelle Freiheit festigende Ziel torpediert. Gerade weil uns hier ideologische Welten trennen, werden wir im Interesse der Arbeitnehmer Österreichs weiterhin Initiativen ergreifen, um die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand zu ermöglichen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Besondere Bedeutung wird dabei der Steuerreform zukommen, da das heutige Steuersystem mit seinen beteiligungsfeindlichen Bestimmungen eines der wesentlichsten Hindernisse für die Verwirklichung der Eigentumsbildung ist. Man muß es einmal aussprechen.

Das Schlagwort vom „Kampf gegen die Armut“ findet sich wiederum in Ihrer sozialistischen Regierungserklärung. Gerade in diesem Bereich zeigt sich jedoch, daß mit rhetorischen Wendungen keine Probleme gelöst werden können.

Der offizielle Sozialbericht weist nach ...

(Bundesrat Schipani: Aber die Bevölkerung hat uns mehr geglaubt als euch!) Darauf gebe ich Antwort, Herr Kollege! Sie haben die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. Ich habe jetzt das Wort, und ich äußere mich auch. *(Bundesrat Dr. Skotton: Das ist Ihr Demokratieverständnis!)* Es gibt eine Ordnung, wo einer nach dem anderen spricht.

Der offizielle Sozialbericht weist nach, daß sich die Zahl der Armen in Österreich - bitte hören Sie, meine Damen und Herren! - seit 1971 lediglich von 450 000 auf 430 000, also um 20 000, vermindert hat. Das ist aber die Zeit der sozialistischen Regierung. Von einem erfolgreichen Kampf gegen die Armut kann hier bei weitem nicht gesprochen werden.

Meine Damen und Herren! Eine wesentliche Zahl, aber zwischen dem, was Sie verbal versprechen, und dem, was Sie effektiv leisten, ist ein großer Unterschied. *(Bundesrat Schipani: Das werden nicht Sie klassifizieren, sondern die Wähler, und die haben das ja getan!)*

Meine sehr Verehrten! Eine soziale Frage ist auch die Situation der österreichischen Landwirtschaft. Agrarpolitik ist heute eine Existenzfrage für einen gefährdeten Bevölkerungsteil unseres Landes geworden, dem wir aber in schlechten und guten Tagen, was wir nicht vergessen wollen, unsere Ernährung zu verdanken haben. Agrarpolitik ist als Frage nach der Selbstversorgung auch eine Existenzfrage für einen dauernd neutralen Staat, der auf sich angewiesen ist. Agrarpolitik, hat einmal ein österreichischer Landwirtschaftsminister gesagt, geht darüber hinaus jeden an, ob Produzent oder Konsument. Daher ist es bedauerlich, daß in Österreich immer noch nicht eine entsprechende dauernde Marktordnung zustande gekommen ist, daß man sich immer mit Verfassungsbestimmungen auf Zeit hilft, daß hier das Recht sich ins Experimentelle und Provisorische verliert und damit an normativer Kraft einbüßt. *(Bundesrat Suttner: Wissen Sie, was Busek verlangt?)*

Die grundsätzlichen Bemerkungen über die österreichische Land- und Forstwirtschaft sind im Hinblick auf den Gesamtumfang der Regierungserklärung in einem äußerst bescheidenen Rahmen gehalten. Aber nicht nur der seitenmäßige Umfang, sondern vor allem die inhaltliche Ausrichtung fordert geradezu Kritik heraus.

Ich stelle fest, daß vor nunmehr neun Jahren die sozialistische Bundesregierung mit der Behauptung angetreten ist, sie werde einen Kampf gegen die Armut führen und insbesondere die Lage der Bergbauern nachhaltig verbessern.

Die tatsächliche Einkommensentwicklung in

Dr. Schambeck

der Landwirtschaft im allgemeinen und besonders jene in den Berg- und Grenzregionen führt die Behauptung der ersten sozialistischen Regierungserklärung auf eine für die Bauern bedeutungslose Rolle zurück. *(Bundesrat Dr. Skotton: Deswegen haben uns die Bauern auch gewählt!)*

Der Grüne Bericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft macht... *(Bundesrat Schipani: Sogar das Schachspielen ist abgekommen, weil es keine schwarzen Bauern mehr gibt!)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich verstehe Sie vollinhaltlich, wenn Sie im Zustand einer mehr oder weniger gerechtfertigten Entrüstung, die für den Juristen ein Entschuldigungsgrund ist *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, permanent Zwischenrufe machen. Wenn ich mir nicht Behrschung vorgenommen hätte, vielleicht würde ich sie auch machen.

Wenn Sie aber in meiner Situation wären, hier sprechen zu müssen und ständig Zwischenrufer zu überschreien *(Bundesrat Windsteig: Wir sind nicht auf der Universität! Das können Sie Ihren Herren sagen, aber nicht uns!)*, dann bin ich überzeugt davon, daß Sie allein aus kollegialen Gründen das auf ein Mindestmaß reduzieren würden.

Wir benehmen uns im Durchschnitt anders *(Beifall bei der ÖVP - Bundesrat Schipani: Das ist wahr! Dafür sind Sie auch klassifiziert worden!)*, und ich darf Ihnen namens meiner Fraktion sagen, daß die Frau Kollegin Demuth das in wenigen Minuten auch erleben wird. Allerdings werden sich die Minuten umso mehr hinausschieben, je mehr Sie Zwischenrufe machen, meine sehr Verehrten. *(Bundesrat Dr. Skotton: Sie reden ohnehin schon länger als eine Stunde!)*

Die tatsächliche Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft im allgemeinen und besonders jene in den Berg- und Grenzregionen führt die Behauptung der ersten sozialistischen Regierungserklärung auf eine für die Bauern bedeutungslose Rolle zurück, ich möchte das wiederholen. *(Bundesrat Dr. Skotton: Daher wählen uns immer mehr Bauern!)*

Der Grüne Bericht des Landwirtschaftsministeriums macht die wirtschaftliche Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft transparent. Über das Jahr 1977 ist eine scharfe Diskussion entbrannt, weil die sozialistische Bundesregierung selbst dokumentierte, daß ihre Agrarpolitik gescheitert ist. Fassungslos steht man dem Ergebnis einer Politik gegenüber, wenn festgestellt wird, daß die bäuerlichen Einkommen im Jahre 1977 um drei Prozent

gesunken sind und der Einkommensabstand zu anderen Berufsgruppen immer größer wird.

Damit hat auch die sozialistische Bundesregierung den Auftrag im Landwirtschaftsgesetz, den Bauern ein Einkommen wie den übrigen zu ermöglichen, eindeutig nicht erfüllt. *(Bundesrat Dr. Skotton: Aber es wählen uns immer mehr Bauern!)* Auch wenn sich 1978 die Einkommen im österreichischen Durchschnitt etwas verbessert haben dürften, wird das absolute reale Einkommensniveau etwa dem des Jahres 1976 entsprechen. Dieser Umstand bedeutet nichts anderes, als daß die österreichischen Bauern durch zwei Jahre auf reale Einkommenszuwächse verzichten mußten.

Eine Agrarstudie des Ford-Instituts stellte vor kurzem fest, daß 1976 bereits 55 Prozent der Bauern einem Nebenerwerb nachgehen mußten. Es ist auch klar, daß damit die österreichischen Bauern im Durchschnitt in den siebziger Jahren nicht jene Einkommensverbesserungen erwirtschaften konnten, die in anderen Wirtschaftsbereichen möglich waren.

Die Familienarbeitskräfte in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zum Beispiel konnten in den siebziger Jahren jeweils nur unter 60 Prozent des Einkommens eines Industriebeschäftigten erwirtschaften und verdienen.

Wenn in der Regierungserklärung 1979 des Kabinetts Kreisky IV festgestellt wird, daß die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft besondere Beachtung verdienen und dem Förderungsbereich der Bergbauern und der Grenzlandförderung besonderer Vorrang gegeben werden soll, müssen aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit von vornherein tiefgehende Zweifel im Interesse der österreichischen Bauern angemeldet werden. Auch noch so viele Erklärungen auf geduldigem Papier können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Förderungspolitik der sozialistischen Bundesregierung in den letzten Jahren wesentlich an Wirkung verloren hat.

Einzelne Erhöhungen bei Budgetansätzen wurden bei weitem wieder durch inflationäre Entwicklungen zunichte gemacht.

Die Ankündigung über eine verstärkte Förderung der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe wäre zu begrüßen, wenn nicht in der Vergangenheit geradezu das Gegenteil bewiesen worden wäre. *(Bundesrat Dr. Skotton: Ich möchte nur wissen, wieso der Stimmenanteil der Bauern immer größer wird!)*

Kollege Dr. Skotton! Die Stimmzettel haben keine Mascherln, wo draufsteht, von wem der Zettel stammt. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Die Feststellung, daß in der Preispolitik

13666

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

Veränderungen erforderlich sind, um die Einkommensunterschiede zu überwinden, überrascht an sich nicht. Es muß aber an der Zweckmäßigkeit einer solchen grundlegenden Auffassung gezweifelt werden.

Es soll hier offensichtlich eine Gruppe von Bauern mit besseren Einkommen zugunsten von anderen Berufskollegen zur Kasse gebeten werden. Eine solche Strategie ist einer besonderen Kritik zu unterziehen, wenn man bedenkt, daß die Preise für die land- und forstwirtschaftlichen Produkte selbst in spezialisierten Betrieben kaum die Produktionskosten abdecken.

Auch die neue Milchmarktregelung wird vom Landwirtschaftsminister nicht zum Nutzen der Milchbauern angewendet. Anstatt die Absatzförderungsbeiträge rechtzeitig anzupassen, forderte der Minister Bauerngelder, die letztlich beim einzelnen Milchproduzenten zu unnötigen Härten geführt haben.

Der Landwirtschaftsminister hat bisher auch verhindert, daß die neue Richtmengenregelung zu einem dynamischen System entwickelt wird, das auch den Strukturwandel der Landwirtschaft berücksichtigt. Der Landwirtschaftsminister, der aus der Forstverwaltung kommt, hat in dieser Regierungserklärung zur Forstpolitik nichts zu sagen!

Während den Bäuerinnen anlässlich der letzten Regierungserklärung noch ein ganzer Absatz gewidmet wurde, ist es diesmal so, daß nur in einer Zeile eine weitere Hilfestellung angekündigt wird. Die durchgeführten Maßnahmen für die Bäuerinnen in der vergangenen Legislaturperiode haben aber bei weitem nicht jenes Gewicht erreicht, das jenem Propagandamaterial entsprechen dürfte.

Es wird in der Regierungserklärung zwar vermerkt, daß in einigen Sparten über den Inlandsbedarf hinaus produziert wird, aber die Erfordernisse für eine wirksame Handelspolitik kommen völlig zu kurz. Lediglich beim Wein wird auf Maßnahmen verwiesen, die neue Exportchancen eröffnen.

Weder auf dem Getreidesektor noch im Zusammenhang mit der Rinderproduktion werden handelspolitische Erwägungen angestellt. Allein die Bedeutung der Zuchtviehproduktion für die österreichischen Bergbauern, und wir wollen im Bundesrat auf die österreichischen Bergbauern nicht vergessen, meine sehr Verehrten (*Beifall bei der ÖVP*), allein die Bedeutung der Zuchtviehproduktion für die österreichischen Bergbauern würde eine Bemerkung in einer Regierungserklärung wohl rechtfertigen. (*Bundesrat Windsteig: Die die ÖVP seinerzeit überhaupt nicht gekannt hat!*) - Ich darf Ihnen versichern, meine Herren Kollegen von

der SPÖ, daß ich in meinem Bezirk eine Vielzahl von Bergbauern besucht habe, über deren soziale Lage ich erschüttert war.

Vielmehr wird auf die Entschließung vom 12. März 1979 verwiesen, in der es um die Überprüfung des Förderungssystems in Österreich geht.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Landwirtschaftskammern durch den Rechnungshof ist eindeutig festgestellt worden, daß die Landwirtschaftskammern die Förderungsaktion richtliniengemäß abgewickelt haben. Vom Rechnungshof wurde vielmehr kritisiert, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bei der Auszahlung der Förderungsmittel säumig geworden ist und die Richtlinien zum Teil äußerst unpräzise abgefaßt hat.

Mit keinem Wort wird in der Regierungserklärung die Bedeutung der Beratungsarbeit der Landwirtschaftskammern erwähnt, was ich jetzt hier betonen möchte. Gerade diese Beratungsarbeit der österreichischen Landwirtschaftskammern hat in der Vergangenheit sichergestellt, daß die Förderungsmittel mit der optimalen Wirksamkeit eingesetzt werden.

In der Regierungserklärung steht auch nichts über Belastungen für die österreichische Bauernschaft. Kurz nach den Nationalratswahlen ging auf die österreichische Land- und Forstwirtschaft eine Belastungswelle sondergleichen nieder. Nicht nur die drastische Erhöhung der Preise für Treibstoff, sondern auch die Erhöhung der Düngemittelpreise und im besonderen die beabsichtigte Anhebung der Einheitswerte bedeuten für die Bauern eine Belastung von rund 1 Milliarde Schilling. Diese Belastungspolitik wird zwangsläufig zu einer Gefährdung der Existenz so mancher landwirtschaftlicher Betriebe führen.

In einer Situation, in der ohnedies der Arbeitsmarkt ein kritisches Stadium durchläuft, müßte vielmehr alles unternommen werden, um befriedigende Einkommensmöglichkeiten für die österreichischen Bauern zu schaffen.

An Konzepten von unserer Seite hat es auch in den vergangenen Jahren nicht gefehlt. Ich erinnere an die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung, die als Initiativantrag eingebracht, aber von Ihnen, von der SPÖ, abgelehnt wurde. Ein solches Gesamtkonzept, das auch die Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft berücksichtigt, hätte eine gute Basis sein können, eine wirksame Agrarpolitik für die Bauern zu gestalten und hier Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen zu zeigen. Diese Ablehnung hat aber wieder gezeigt, mit welchem Ernst man sich in der Regierungspartei um die Lösung agrarpolitischer Probleme bemüht. (*Bun-*

Dr. Schambeck

desrat Windsteig: Die habt ihr ja vergessen! – Bundesrat Schamberger: Sie haben ja gesehen, wie zufrieden die Bauern mit unsererer Agrarpolitik sind!)

Hoher Bundesrat! Noch viele weitere Teile der Regierungserklärung Kreisky, bei welchen Auffassungsunterschiede bestehen, ließen sich ähnlich analysieren und kritisieren. Es ließen sich Forderungen erheben, Alternativen könnten geäußert werden. Wir werden sie in Zukunft ebenso äußern wie bisher. Forderungen nämlich, die wir nicht allein aus unserer weltanschaulich anderen Position erheben, sondern Forderungen, die im Interesse aller Österreicher liegen.

Was meine ich damit? Ich meine Forderungen im Hinblick auf vieles von dem, was nach unserer Meinung in dieser Regierungserklärung fehlt:

Kein mittelfristiges Konzept zur Budgetsanierung.

Keine klaren Aussagen über die künftige Belastung des Staatsbürgers, der nicht weiß, wie er in den nächsten vier Jahren dran sein wird.

Keine konkrete Vorstellung zur Lösung des Energieproblems.

Kein Konzept zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Erleichterung von Strukturanpassungen.

Keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung der sozialen Sicherheit.

Keine konkreten Maßnahmen für eine umfassende Umweltpolitik von Bund und Ländern.

Keine umfassende Sicherheitspolitik und vor allem eines nicht, meine sehr Verehrten, nämlich kein erkennbarer Katalog politischer Prioritäten.

Die Erfüllung all dieser Aufgaben, die mehr oder weniger deutlich in dieser Regierungserklärung angeschnitten wurden, wird wahrlich nicht leicht sein, weder für die Regierungspartei noch für die Opposition, weder für den Bund noch für die Bundesländer. Hier werden wir alle realistisch sein müssen. Die Hauptverantwortung trifft dabei diese Regierung und Ihre Partei, der die Wähler die absolute Mehrheit gegeben haben.

Meine sehr Verehrten! Sie haben diesen Wählerauftrag bekommen, Sie haben diese Regierungsverantwortung zu tragen. *(Bundesrat Dr. Skotton: Das brauchen Sie uns nicht zu erklären, das wissen wir selber!)* Aber lassen Sie mich im selben Atemzug hinzufügen – ich weiß mich hier eins mit Alois Mock, der als Klubobmann am Beginn seiner kritischen Rede

zur Regierungserklärung sagte –: Eine Partei wie die ÖVP, welche 1 900 000 Stimmen erhalten konnte ... *(Bundesrat Dr. Skotton: ... und in sich total zerstritten ist!)* Sie überschätzen das, wir haben nur mehr Transparenz als Sie. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. – Bundesrat Schipani: Sie lesen keine Zeitungen, habe ich das Gefühl!)*

Eine Partei, die so viele Stimmen erhalten hat, hat in dieser demokratischen Republik Österreich auch politische Verantwortung mitzutragen. *(Bundesrat Schipani: Freilich mitzutragen!)* Bemühen wir uns allerdings gemeinsam, im Dienste des österreichischen Volkes Lösungen zu finden, sodaß nicht Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt oder einzelne Bevölkerungsgruppen abgeschrieben werden *(Bundesrat Schipani: Das tun Sie, nicht wir! – Bundesrat Dr. Skotton: Bei euch wird das gemacht, beim Wirtschaftsbund, beim ÖAAB!)*, sondern Leistungen erbracht werden können, die allen helfen.

Wir wollen eine Politik, die über die Parteigrenzen hinaus politisches Gettodenken ablehnt und auf den Einsamen im Lauf der Welt nicht vergißt. Das verlangt harte Arbeit und auch harte Konfrontation. *(Bundesrat Dr. Skotton: Schaut, daß ihr erst einmal eine Partei werdet ... !)* Lernen wir aber gemeinsam aus unserer Geschichte. Lernen wir gemeinsam aus unserer Geschichte! Betrachten wir uns nicht, obwohl ich dies auf Grund einiger Zwischenrufe von Ihnen dem Ton nach, da ja der Ton die Musik macht, vermuten könnte – ich möchte das aber ablehnen –, in der Auseinandersetzung zwischen Regierungspartei und Opposition als Feinde, sondern nur insofern als Gegner, als wir Mitbürger sind, die im gemeinsamen Vaterland eine gegenteilige Meinung vertreten. Lernen wir in der Zweiten Republik aus der Geschichte der Ersten Republik. Lassen Sie mich das als Angehöriger des Jahrganges 1934 sagen. *(Beifall bei der ÖVP. – Bundesrat Schipani: Sagen Sie das bitte schön auf diese Seite hinüber, nicht zu uns!)*

Aus dieser Gesinnung heraus – wenn Sie wollen, Herr Vizekanzler, meine Damen und Herren von der SPÖ, so möchte ich das als Bitte gegenüber der Regierungspartei aussprechen – ersuche ich die Regierungspartei, auch jene, die im Staat nicht Ihr sozialistisches Bekenntnis teilen, seien es Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, Wirtschaftstreibende, Intellektuelle oder Künstler, die nicht von Ihnen sind, einen Geist der Toleranz und nicht des politischen Druckes spüren zu lassen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Bundesrat Schamberger: Gerade Sie sagen das?! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. – Bundesrat Schamberger: Eine Heuchelei!)*

13668

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Schambeck

Herr Vorsitzender! Ich möchte auf den Vorwurf der „Heuchelei“ des Herrn Kollegen eingehen.

In seiner Rede, die Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky als Abgeordneter zum Nationalrat im Jahre 1966 zur Regierungserklärung von Dr. Josef Klaus hielt, sagte er: Der Herr Kollege kann Zwischenrufe äußern, aber die Antwort verträgt er nicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die Antwort möchte ich ihm aber geben, Hoher Bundesrat. Damals hat Dr. Bruno Kreisky die ÖVP-Regierung gewarnt und gesagt: Listen werden wir im Nationalrat vorlegen, wen ihr aller benachteiligt habt.

Meine sehr Verehrten! Keinen einzigen Fall konnte Dr. Bruno Kreisky während der vier Jahre unserer Regierung bringen! Ich darf Ihnen aber versichern, obwohl Walter Heinzinger heute nicht mehr hier ist: Wir werden seine Liste von Terrorfällen hier in diesem Haus auch fortsetzen, um Ihnen darauf die Antwort zu geben. *(Bundesrat Schipani: Das wird gut sein! - Bundesrat Dr. Skotton: Darauf warten wir schon seit Jahren! - Bundesrat Schamberger: In Niederösterreich ist kein einziger angestellt worden, der von uns gekommen ist!)* Kollegen, lassen Sie mich zum Schluß kommen. *(Bundesrat Windsteig: Gott sei Dank! - Ruf bei der SPÖ: Bergpredigt! - Bundesrat Schamberger: Das ist ja nicht mehr auszuhalten!)* Herr Kollege, die Bergpredigt war nichts Schlechtes: Deine Rede sei jaja, nein, alles weitere ist vom Bösen. Das wünsche ich auch Ihrer Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren! Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus.“ – Das Volk, das sind auch wir, die wir nicht der Regierungspartei angehören, das ist auch die Opposition. Wir würden gemeinsam in einer entsprechenden Konfrontation, in einem gemeinsamen Bemühen, in gemeinsamer Verantwortung Antwort auf die Forderung der Stunde geben, nämlich in der Politik mehr zum Ansehen der Demokratie und zu den Interessen der Bevölkerung beizutragen. Wir sollten aus dem, was die Geschichte dieser Republik an Gutem und auch an Schlechtem hervorgebracht hat, gemeinsam lernen, und wir sollten uns auch bemühen, unser Parlament transparenter, unser Kontrollsystem glaubwürdiger und unsere Politik aktiver zu gestalten.

Ortega y Gasset hat einmal erklärt – und mit ihm möchte ich schließen –: „Politik ist im höchsten Sinne Leben, Leben ist Politik. Jeder mag wollen oder nicht, er ist Glied dieses Kampfgeschehens; als Subjekt oder Objekt, etwas Drittes gibt es nicht.“ – Ich wünsche uns,

daß wir in Österreich mehr als bisher Subjekt werden und weniger Objekt bleiben.

Sie werden, meine Damen und Herren von der SPÖ, nicht erwarten, daß ich jetzt auf diesem Weg der sozialistischen Bundesregierung viel Glück und Erfolg wünsche. Ich möchte aber eines tun, nämlich dem heute krankheitshalber verhinderten Bundeskanzler, dem Menschen Bruno Kreisky, baldige Genesung wünschen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Bundesrat Dr. Anna Demuth. Ich erteile ihr dieses.

Bundesrat Dr. Anna **Demuth** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Vizekanzler! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Beim Anhören meines Vorredners müßte man beinahe der Meinung sein, der Wahlkampf sei noch immer im Gange. Aber wir wissen schon, daß jene Partei, die die Wahl verloren hat, den Wahlkampf für die nächste Wahl bereits am ersten Tag nach der Wahl wieder beginnt. Ich glaube nur, Sie haben in manchen Passagen das Forum verwechselt.

Ich glaube nicht, Herr Professor, daß es notwendig war, uns daran zu erinnern, daß wir eine Opposition zu respektieren haben und zur Zusammenarbeit bereit sein sollen. Das haben wir noch in der Wahlnacht durch den Herrn Bundeskanzler und bei der ersten Diskussion zur Regierungserklärung im Parlament bekräftigt. Wir hoffen, daß die Opposition einig ist, daß sie kraftvoll ist. Wir hoffen auch, daß Sie sich mit Ihrem neuen Parteiohmann wieder finden und wir von Ihnen sachliche Kritik und ehrliche Zusammenarbeit erwarten können.

Sie widersprechen sich natürlich da und dort, und wenn der eine Obmann eines Bundes eine bestimmte Meinung hat, so kann es sein, daß der andere gegensätzlicher Meinung ist. Aber wenn Sie Ihre Parteireform zu Ende geführt haben, dann können wir vielleicht auch von Ihnen eine homogene Partei, eine homogene Opposition erwarten.

Im Mittelpunkt steht das Wohl aller Österreicher. Das haben Sie angeschnitten. Das ist richtig, das hat die SPÖ seit dem ersten Tag ihres Regierens gewußt. Sie hat das Ziel verfolgt, nicht nur für jene da zu sein, zu regieren und Gesetze zu machen, die sie gewählt haben, sondern auch für alle anderen Österreicher. Aus diesem Grund sind in der Bundesregierung auch Herren, die parteiunabhängig sind. Wir haben damit der gesamten Wählerschaft Rechnung getragen, also auch jenen Österreichern, die noch nicht den Weg mit uns gegangen sind, was

Dr. Anna Demuth

sie aber, wie das letzte Wahlergebnis zeigt, in immer stärkerem Maße tun.

Eigentlich war ich ein bißchen enttäuscht, Herr Bundesrat Schambeck, daß Sie den alten Hut mit den Staatssekretären wieder ausgegraben haben. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat nicht nur einmal, sondern einige Male, zu den gleichen Vorwürfen im Plenum des Nationalrates erklärt, er habe sich damals geirrt und er wisse heute, daß ein Regierungsmitglied mit so vielen Aufgaben befaßt und belastet ist – Auslandsreisen, Empfang von Delegationen, Diskussionen mit Kollegen aus dem Ausland – und Staatssekretäre nützlich und entlastend sind und einen Teil der Arbeit übernehmen.

Die Frau Staatssekretär Karl, die Sie apostrophiert haben, ist ja in erster Linie Staatssekretär für Familienfragen und hat die kommunalen Aufgaben nur zusätzlich dazugenommen. Sie hat bisher immer nur zu familienpolitischen Fragen Stellung genommen.

Den Umweltschutz haben Sie auch angesprochen. Diesbezüglich wohnen auch zwei Seelen in Ihrer Brust. Sie haben zum Schluß gewünscht, daß die Umweltprobleme von Bund und Ländern gemeinsam gelöst werden. Aber wir wissen aus der Intensität der Dringlichkeit dieser Probleme, daß sie nicht auf regionaler, sondern nur auf internationaler Ebene zu lösen sein werden und daß man hier ohne eine Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes und eines Gesetzgebers kaum sehr wirkungsvoll wird eingreifen können. Wir gehen heute ja über die sogenannte Kirchturnpolitik gerade bei Umweltfragen weit hinaus, denn wenn nicht international zusammengearbeitet werden wird, ist es kaum möglich, in Österreich die Donau oder ähnliche Ströme reinzuhalten, wenn der Schmutz bereits aus dem Ausland mitgebracht wird.

So wie der Herr Dr. Taus 1975 haben auch Sie heute festgestellt, daß die Regierungserklärung zu wenig enthält, daß der Katalog zu allgemein ist und daß keine Prioritäten gesetzt sind. Ich glaube: Die Antwort der Wähler zum vierten Mal auf einen Wahlkampf der Sozialisten hat gezeigt, daß die Menschen in Österreich uns wohl verstehen, daß die Regierung wohl gewußt hat, was sie für Initiativen und Alternativen anbietet und setzt, und daß sich das Bild der Wirtschaft und auch das gesellschaftliche Bild in Österreich in den letzten neun Jahren doch sehr wesentlich verändert hat.

Es ist schon fast eine Standardformel von mir, daß ich das an zwei Gesetzen darlege.

Eines der ersten Gesetze 1970 war das Gesetz über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes, womit die ungleiche Behandlung unehelicher Kinder vom Gesetz her ausgeschaltet wurde.

Und eines der letzten Gesetze war das sogenannte Gleichbehandlungsgesetz, wo endlich auch den Frauen als Arbeitnehmern gleiche Löhne für gleichwertige oder für gleiche Arbeit zugestanden wird.

Dazwischen liegt ein reichhaltiger Katalog von Gesetzen, die das verwirklicht haben, was wir immer versprochen haben, mit den Parolen, Versprechungen und Ankündigungen, mit denen wir in den Wahlkampf gezogen sind, nämlich den Österreichern mehr Sicherheit, mehr inneren Frieden und mehr soziale Gleichheit und Chancengerechtigkeit zu geben.

Auch zur Wahl am 6. Mai sind wir als wichtigstes Ziel für uns, eine klare Mehrheit zu erhalten, in den Wahlkampf gezogen. Die Österreicher haben die klare Mehrheit der Sozialistischen Partei gegeben.

Wir wissen, daß wir das gehalten haben, was wir in den Wahlkampagnen versprochen haben. Wir haben die Armut abgebaut, auch wenn Sie an Hand von Statistiken hier Zahlen gebracht haben. Der Begriff der „Armut“ ist ebenso wandelbar wie der Begriff des „Wohlstandes“. Vor 40 Jahren war ein Mensch, der ein Telefon und eine kleine Wohnung mit einem Koksofen hatte, ein absolut zufriedenstellend dotierter Mensch. Heute wissen wir, daß die Armut andere Maßstäbe hat, nachdem der Wohlstand in Österreich doch uns allen viele Annehmlichkeiten der Technik gebracht hat und daß diese Annehmlichkeiten heute noch nicht allen Menschen zur Verfügung stehen.

Aber eines ist uns sicher gelungen: Die materielle Not in einem ganz wesentlichen Ausmaß zu lindern. Sie brauchen sich nur die Erhöhung der Ausgleichszulagen ansehen. Zum Beispiel war bei den Ausgleichszulagenempfängern ein wesentliches Ansteigen ihrer Pensionen als bei den Durchschnittspensionen und auch bei den Löhnen gegeben, weil wir der Meinung sind, daß diese Menschen etwas mehr bekommen sollen.

Ein besonderes Kapitel für uns war im Wahlkampf und in der Erfüllung der Regierungserklärung die weitere Chancengleichheit für unsere Menschen in Österreich. Das wichtigste und die Grundvoraussetzung sind die Sicherung der Arbeitsplätze. Sie haben bekräftigt, daß in der Regierungserklärung nicht erklärt wird, wie man dies tut. Das ist in keiner Regierungserklärung konkret zum Ausdruck gekommen. Die Regierung hat sich verbürgt dafür, daß die Arbeitsplätze ausgebaut werden, daß man sich bemühen wird nach besten Kräften trotz der Rezession in der Welt, die Arbeitsplätze zu erhalten und auch die Umschichtung der Arbeitsplätze voranzutreiben, und zwar mit

13670

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Anna Demuth

besonderen Schwerpunkten in den Ostzonen, in den Berggebieten und in den Bergbaugebieten.

Besonders wichtig, auch in der Regierungserklärung apostrophiert, sind Arbeitsplätze für die jungen Menschen, damit die anfallenden 200 000 Schulabgänger in den nächsten Jahren untergebracht werden, Lehrstellen und Arbeitsplätze finden. Das gilt ebenso für die Frauen, die in weiten Bereichen Österreichs kein Angebot an Arbeitsplätzen finden, weil einfach die nötige Industrie in der Nähe ihres Wohnsitzes fehlt. Wir wissen, daß wir auch den Kindern in allen Gebieten, auch in den ländlichen Gebieten, eine gute Berufsausbildung gewähren müssen. Ein Schwerpunkt in der Regierungserklärung ist die Ankündigung, daß man dem Berufsschulwesen, das sich ja ganz wesentlich verstärkt hat, weiter großes Gewicht geben wird.

Daß wir heute überhaupt debattieren, haben wir dem Herrn Prof. Schambeck zu verdanken, denn er hat gewünscht, daß zu dieser Regierungserklärung – und das ist heute eine Premiere – hier im Bundesrat gesprochen wird. Damit beginnt vielleicht auch die oft zitierte und von den Vorsitzenden jeweils gewünschte Aufwertung des Bundesrates. Wir haben uns diesem Wunsche in keiner Weise widersetzt, sondern sind ihm gern nachgekommen.

Eines muß ich aber mit Nachdruck vermerken: Daß wir durch die Wahlentscheidung der Österreicher am 6. Mai unsere Arbeit der Kontinuität, der Reform, die wir eingeleitet haben, werden fortsetzen können. Wenn Bruno Kreisky mit seiner Regierungserklärung vor zwei Tagen die Richtlinien, die Gleise sozusagen, für die Zukunft gelegt hat, so werden diese vier Jahre in das zweite Jahrzehnt österreichischer Regierungstätigkeit der Sozialisten führen.

Diese langfristige Tendenz der Wähler zu den Sozialisten, das Erreichen von 51,3 Prozent der Wählerstimmen als Partei sind einmalig in der Welt, in der vergleichbaren Welt. Ich glaube, daß hier der Beweis dafür liegt, wie gut unsere Regierungstätigkeit war und wie notwendig diese Reformpolitik für uns Österreicher gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die ÖVP-Parolen – nach einem neuen Frühling, nach Zeit zum Wechsel, eine abgenutzte Regierung – sind mehr oder minder ungehört verhallt. Sie haben bekrittelt, daß die alte Regierung wieder hier sitzt. Wir können nur sagen: Wir gehen nicht so leichtfertig mit Personen um, wie dies anscheinend in der ÖVP der Fall ist. Wir jagen jemanden auch nicht davon, wenn irgendwo einmal ein Fehler passiert, sondern hier kommt die Solidarität der Sozialisten zum Greifen, um die uns die ÖVP ja

– wie Ihre Diskussion zum Wechsel im Parteivorsitz gezeigt hat – wirklich beneidet. Wir glauben eben, daß Dr. Kohlmaier recht gehabt hat, daß das Trockendock noch immer der Lagerplatz der ÖVP ist. Wir wünschen aber dieser Partei, daß sie sich findet und daß nicht Wahrheit wird, was kritische Journalisten aus Ihrem Lager gesagt haben, nämlich daß aus einer Großpartei eine Mittelpartei wird.

Die Sozialisten werden – und das hat die Regierungserklärung deutlich gezeigt – ihre Reformpolitik weiter fortsetzen. Das wichtigste Problem ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie haben bekrittelt, daß nicht angeführt wurde, in welcher Form das Budgetdefizit und die Staatsschulden abgedeckt werden sollen.

Auch hierüber sind Aussagen in der Regierungserklärung. Man wird in den nächsten zwei Jahren Steuersenkungen nicht erwarten können. Der Finanzminister und die Bundesregierung haben fünf Steuersenkungen in den letzten Jahren durchgeführt, die immerhin einen Entfall von fast 80 Milliarden Schilling an Steuereinnahmen gebracht haben. Es werden Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit kommen und es werden die Tarife in kürzeren Abständen angeglichen werden.

Was uns wichtig erscheint: Daß dem Österreicher nun nach der Sicherheit des sozialen Wohlfahrtsstaates mit genügend Arbeitsplätzen auch die soziale Demokratie analog unserem Parteiprogramm angeboten und ermöglicht wird. Das heißt: Besserer Zugang zum Recht, bessere Rechtsauskunft, die Vergütung von Anwaltskosten bei Strafprozessen, wenn der Angeklagte freigesprochen wird, eine Verstärkung der direkten Demokratie und eine größere Mitsprache der Menschen bei allen Dingen, die sie unmittelbar betreffen.

Sie wissen, daß ein zweiter Bericht der Volksanwaltschaft ins Haus gekommen ist und daß die Volksanwaltschaft neue Vorschläge macht, ihre Möglichkeiten, ihre Befugnisse auszuweiten, damit die Volksanwälte auch in die Verwaltung eingreifen können, weil sich auf Grund ihrer Erfahrungen gezeigt hat, wie notwendig dies ist, daß man dem Staatsbürger Hilfen bietet, daß man sozusagen den Dschungel der Kompetenzen und des Verwaltungsweges etwas erleichtert, damit der Staatsbürger einen leichteren Zugang zum Recht, zu seinem persönlichen Recht hat.

Es ist richtig: Wir haben, was die Wohnbaufrage betrifft, nicht ganz das halten können, was wir seinerzeit angekündigt haben. Allerdings wird das Schwergewicht in der Zukunft auf der Stadterneuerung liegen, und mit den Startwohnungen werden wir zumindest dort, wo die

Dr. Anna Demuth

Wohnungsnot besonders arg ist, jungen Menschen eine Übergangsmöglichkeit anbieten, damit sie Zeit haben, eine neue Wohnung anzuspüren, damit sie das haben, was jeder jungen Familie mehr denn je zusteht, nämlich eine menschengerechte und schöne Wohnung.

Mit Dr. Taus hat Bundeskanzler Bruno Kreisky knapp vor den Wahlen ein Gespräch über den Privilegienabbau geführt. Wir hoffen, daß auch der neu zu wählende Parteiobmann zu diesen Gesprächen steht und daß ein Privilegienabbau für alle jene beginnt, die heute noch Privilegien haben, die sie von anderen Staatsbürgern bevorzugen.

Die Ankündigungen über unsere Gesetzesvorhaben wie das Mediengesetz oder das Mietenrecht werden garantieren, daß die Menschen mehr geschützt werden.

Im Medienbereich bedeutet das, daß der Mensch, daß der einzelne nicht in die Intimsphäre hinein in den Medien kritisiert und apostrophiert werden kann, und andererseits für Journalisten ihre Meinungsfreiheit gesichert werde.

Wir halten dies für ein sehr wichtiges Gesetz, denn Medien, so wissen wir, können ungeheuren Schaden anrichten. Den Medien in Österreich war es zum Beispiel vorbehalten - es hängt nicht unmittelbar mit dem Mediengesetz zusammen -, Wahlprognosen zu stellen, die uns auf der sozialistischen Seite eigentlich in große Sorgen gestürzt hätten, wenn wir nicht die Stimmung unter den Menschen gekannt hätten.

Die Medien haben in Österreich die eigenartige Rolle, eine Dritte Macht zu sein. Es gibt, wie das ein Ausländer festgestellt hat, eine Einparteienpresse bei einem Mehrparteiensystem im Parlament.

Aber die Wirklichkeit am sogenannten Zahltag des 6. Mai hat auch die Medien und nicht nur die Aussagen der ÖVP-Politiker Lügen gestraft, und die Sozialisten sind wider ihr Erwarten eine noch stärkere Partei geworden.

Was die Schulbildung und die Hochschulen betrifft, machen wir eine klare Aussage, und wir wissen, daß wir hier mit der ÖVP, was die integrierte Gesamtschule angeht, nicht einer Meinung sind. Aber wir wollen diese Schulformen ja als Alternativangebot verstanden wissen, ebenso die Ganztagschule.

Wenn der Herr Dr. Mock drüben im Plenum wieder einmal die Rote Katze ausgegraben hat, von der wir schon der Meinung waren, sie sei längst verwest, und erklärt hat, daß die Kinderkrippen anscheinend obligatorisch werden sollen, so darf ich Ihnen versichern, daß das

in keiner Weise der Fall ist und daß wir jeder Familie und allen Eltern freistellen, wie und wo sie ihre Kinder erziehen lassen, wie und wo sie ihre Kinder in die Obhut öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Kinderkrippen geben, und ich darf sagen: Hätten wir nur genug Kinderkrippenplätze, die Nachfrage übersteigt immer noch bei weitem das Angebot der Möglichkeiten! Hier ist keine Gefahr, und das wissen sie sehr genau.

Diese Verbindung, immer noch Karl Marx mit jenen Aussagen zu zitieren, die inzwischen von der Geschichte zum Teil widerlegt wurden, das zieht nicht mehr bei den Wählern! Das wissen Sie selber. Das ist bestenfalls interessant für eine politische Parteireden, aber kaum bei einem Beitrag im Parlament.

Wie sehr wir Gewicht auf die Familie legen, so sehr die ÖVP auch immer wieder behauptet, wie familienfeindlich wir seien, wissen wir und die Familien absolut besser.

Herr Bundesrat Schambeck, die Stellung der Familie ist für uns ebenso wichtig und zentral wie für Sie. Sie haben die Scheidungsreform und die Familienrechtsreform angezogen: wir haben hier nur der Wirklichkeit Rechnung getragen. Wir wissen - wir brauchen die Debatte nicht zu wiederholen -: Gesetze allein können keine Ehen kitten, können keine Familie glücklich machen, und Menschen sind immer auseinandergegangen, auch wenn das Gesetz es ihnen verboten hat. Daß wir hier für eine klare Linie waren, daß wir hier für die Möglichkeit der einvernehmlichen Scheidung waren, das war nur ein Gebot der Stunde und der Zeit.

All unsere Hilfe gilt aber den Familien, die nur aus einem Elternteil bestehen, und auch die sind in der Regierungserklärung im Sinne besonderer Beachtung angeführt. Wir haben den Unterhaltsvorschuß für jene Elternteile gebracht, denen gegenüber sich der Elternteil, der die Familie verlassen hat, der Zahlung für das versorgungsberechtigte Kind entzieht.

Sie wissen, welche Hilfen wir den Frauen bringen, die arbeiten, die zu Hause bleiben wollen und als Übergang Karenzurlaub nehmen, und es gibt für drei Jahre, also zusätzlich noch für zwei Jahre die Möglichkeit des Einkaufs in der Sozialversicherung.

Vor nicht allzulanger Zeit haben wir in diesem Saal unter der Frau Staatssekretär Karl eine Enquete über die Familie abgehalten, wo sie Gelegenheit hatte, über den Stand der Familienleistungen in den vergleichbaren europäischen Ländern zu berichten. Österreich liegt hier weit an der Spitze. Es gibt kein Land der Welt, das sich mit den Leistungen für die Familien mit Österreich vergleichen könnte.

13672

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Dr. Anna Demuth

Welche Bedeutung wir der Familie beimessen, mag vielleicht durch zwei Zahlen bewiesen sein. Die ÖVP-Regierung hat uns 1969 einen Familienbericht mit 176 Seiten über die Situation der Familien in Österreich vorgelegt. Die Frau Staatssekretär Karl hat an ihrem Bericht zwei Jahre gearbeitet, hat ihn kürzlich, 1979, im Parlament eingebracht, und dieser Bericht umfaßt, gegliedert, sehr genau, sehr gründlich erhoben, 722 Seiten.

Wir werden unsere kommende Politik bestimmt an diesem Bericht orientieren können. Es zeigt nur auch wieder, welch großes Gewicht wir auf die Probleme der Familien legen: Alle Hilfen den Familien!

In diesem Zusammenhang ist uns klar geworden, daß gerade die Bäuerinnen in jenen Gebieten, von denen Sie erklärt haben, daß die Sozialisten sie vergessen, mit großer Zustimmung unsere Veränderungen in der Auszahlung der Familienbeihilfen begrüßen, daß sie wissen, was wir für die Kinder tun, wenn wir die Schulfreifahrten bieten und die Schulbücherkosten übernehmen. Alles das hat ja zu einem relativ hohen Stimmenzuwachs gerade in den Agrargebieten geführt.

Sie sind wie immer etwas unkonsequent, wenn Sie erklären, daß die Bauern leider arbeiten fahren müssen, daß sie Nebenerwerbsbauern werden. Nun kann man das auch positiv sehen. Zum Glück bietet diese Regierung Bauern, die durch maschinellen Einsatz frei werden von ihrer Belastung, Arbeitsplätze, sodaß der Mann zusätzlich noch etwas verdienen kann, wobei die Frau zu Hause den Betrieb führt.

Der Herr Nationalrat Lanner hat bekrittelt, daß man sehr vorsichtig sein muß, wenn man die Bauern aus ihren Dörfern weglockt. Ja wenn wir die Fabriken in die Dörfer stellen würden, würden Sie mit Recht wieder sagen, wir zerstören ländliches Gebiet, wir zerstören Erholungsgebiet, wir arbeiten mit allen Mitteln, die Industrialisierung ins Dorf zu bringen. Die modernen Ansichten der Raumplanung sind, Industriezonen und Erholungszone zu schaffen, und den Menschen obliegt es eben, eine gewisse Mobilität zu haben und eine gewisse Anmarschstrecke zum Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen.

Arbeitsplätze werden nur gesichert sein, wenn - wie in allen Industriestaaten - die Energieprobleme gelöst werden. Sie wissen ganz genau, daß die Importe von Energie wesentlich gewachsen sind. Waren es 1955 noch 20 Prozent, so sind es 1978 bereits 68 Prozent, und der Betrag, der dafür ausgegeben werden muß, stieg von 8 Milliarden Schilling auf 24 Milliarden Schilling.

Sparen wird notwendig sein, was die Energie betrifft, damit zumindest ein Energiezuwachs vermieden oder abgeschwächt werden kann. Im Regierungsprogramm sind sehr klare Vorstellungen darüber enthalten, was hier alles zu geschehen hat. Wir wissen, daß die Forschung, neue Energiequellen rationell zu erschließen oder zu erforschen, höher dotiert wurde, von der Wärmeenergie angefangen über die Sonnenenergie, über die Wiederverwertung abgegebener Wärme in Industriebetrieben von solchen, die Industriewärme brauchen können, bis zum weiteren Ausbau der Kohlekraftwerke und der Wasserkraftwerke.

Die österreichische Wirtschaft kann sich sehen lassen, und alle Kassandrarufer des Herrn Dr. Taus auch in der Fernsehdiskussion, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky nichts verstehe von der Wirtschaft, sind allein durch einige statistische Zahlen zu widerlegen. Wir liegen im Wirtschaftswachstum an der Spitze, wir liegen im obersten Bereich mit der Stabilität und haben eine niedrigere Inflationsrate. Wir liegen mit der Staatsverschuldung im mittleren Bereich unter den vergleichbaren Ländern und wir wissen, daß wir diese Verschuldung auf uns genommen haben, weil wir Investitionen getätigt haben, die die Arbeitsplätze sichern.

Eine Ankündigung, auch Klein- und Mittelbetrieben die Existenzberechtigung zu erhalten, ist ebenso zu begrüßen wie die Sorge um die Nahversorgung für unsere Bevölkerung.

Eines der gravierendsten und gesellschafts-veränderndsten Gesetze der letzten Legislaturperiode war sicherlich die Angleichung der Arbeiter an den Angestelltenstand. Es war nicht zu verstehen oder ist nur mehr historisch zu verstehen, daß eine ganze Menschengruppe einfach deshalb, weil sie mit einem Overall bekleidet ist und vielleicht einen Mechanikerschlüssel in der Hand hält, andere Voraussetzungen, andere Bedingungen in der Arbeitswelt hat als der Angestellte, etwa der technische Zeichner, der immer in einem Büro arbeitet.

Diese Angleichung wird fortgesetzt werden. Es wird der Status der Arbeiter mit dem der Angestellten im Laufe dieser Legislaturperiode gleichgestellt, und es werden alle Unterschiede abgebaut werden.

Die Regierungserklärung hat die wichtigsten Punkte darin gesehen, daß Arbeitsmärkte weiter erschlossen werden sollen, daß die Arbeitsplätze erhalten werden müssen, daß mit der Sicherung der Energieversorgung die Wirtschaft im Gange bleibt, die Schulbildung für unsere Kinder und Jugend forciert werden muß und die Möglichkeiten für jene, die unserer Hilfe besonders bedürfen, weiter erweitert werden.

Dr. Anna Demuth

Dazu gehören die Behinderten, die ein breites Spektrum einnehmen, daß für unsere behinderten Menschen in Österreich lebenswürdige Bedingungen durch Hilfen seitens der Allgemeinheit geschaffen werden müssen.

Es wird der Konsumentenschutz weiter ausgebaut werden. Denn während früher die arbeitenden Menschen in der Arbeitswelt selber ausgebeutet wurden, schützen sie heute die Gewerkschaften durch Kollektivverträge, durch unsere Arbeitsverfassung; die Gefahr der Ausbeutung liegt heute im Konsum. Denn heute ist eine moderne Industriegesellschaft, eine sogenannte Konsumgesellschaft entstanden, in der unter Umständen mehr und sorgloser gekauft wird als früher. Und hier müssen wir durch gute Gesetze den Konsumenten schützen helfen.

Mit dem Gleichbehandlungsgesetz, das mit 1. Juli in Kraft tritt, werden wir beginnen, auch die letzten Diskriminierungen, die die Frauen betreffen, abzubauen.

Der Anteil der weiblichen Berufstätigen ist in der freien Welt im Zunehmen, er ist in den letzten zehn Jahren um 3 Prozent gestiegen, und wir sind daran interessiert, daß unsere Frauen nicht an drittdotierten Plätzen arbeiten, sondern daß sie möglichst integriert auch in der Arbeitswelt die gleichen Chancen bekommen.

Besonders begrüßen wir – vor allem ich als Vertreterin der sozialistischen Frauen –, daß die Regierung bemüht sein wird, Hilfen zu geben, daß für berufstätige Frauen die Belastungen, die Beruf, Familie und die Kinder geben, beseitigt werden.

Auch die Hilfen für die Bäuerinnen werden wir verstärken, denn wir wissen, daß der Bäuerin, auch wenn sie im Betrieb die Betriebsleiterin ist, mit der Gewährung des Karenzurlaubsgeldes noch nicht jene Hilfe zuteil wird, die sie notwendig hätte, nämlich die echte Arbeitsentlastung. Denn sie wird unter Umständen kaum in ihrem Gebiet eine Hilfe finden und wird sich kaum von ihrer Arbeitslast befreien können. Sie wird ihr Kind weiter betreuen und daneben zum Großteil ihre schwere Arbeit weiter leisten müssen.

Ich komme noch einmal auf ihren bisherigen oder Noch-Parteiohmann Dr. Taus zurück, der bei der Regierungserklärung 1975 erklärt hat, die Regierung bringe eine schwache Regierungserklärung, es sei ihr eben nicht mehr eingefallen.

Wir wissen, daß die Österreicher hier eine andere Meinung haben, und wir wissen, daß in dieser Regierungserklärung nicht nur die Weichen für die nächsten vier Jahre, sondern in die achtziger Jahre gestellt werden.

Diese Regierung, die so bewährt mit der gleichen Mannschaft die Arbeit beginnt, wird diesen Weg der Sozialisten zu mehr Gerechtigkeit, weniger Armut und mehr Chancengleichheit sicher mit Erfolg fortsetzen.

Jedenfalls seitens der sozialistischen Bundesratsfraktion dürfen wir diese Glückwünsche unserem Vizekanzler für alle Regierungsmitglieder mitgeben. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? – Es ist dies nicht der Fall.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

3. Punkt: Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1979

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1979.

Gemäß § 5 Abs. E der Geschäftsordnung ist das Büro des Bundesrates halbjährlich zu erneuern.

Wird die Durchführung der erforderlichen Wahlen mittels Stimmzettel gewünscht? – Es ist dies nicht der Fall.

Ich werde daher die Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates durch Erheben von den Sitzen und die Wahl der übrigen Mitglieder des Büros des Bundesrates durch Handzeichen vornehmen lassen.

Ich werde zuerst die Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden vornehmen.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Dr. Franz Skotton und Dr. Herbert Schambeck zu Vorsitzenden-Stellvertretern zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, nehme ich die Wahl unter einem vor. – Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist Stimmenmehrheit. Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen?

13674

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Bundesrat Dr. **Skotton**: Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat Dr. **Schambeck**: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr zur Wahl der beiden Schriftführer.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Leopoldine Pohl und Ottilie Liebl zu Schriftführern des Bundesrates zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, nehme ich auch diese Wahl unter einem vor. – Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. – Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen?

Bundesrat Leopoldine **Pohl**: Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat Ottilie **Liebl**: Ich nehme an.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Wahl der beiden Ordner.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Johann Mayer und Hellmuth Schipani zu Ordnern des Bundesrates zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich auch in diesem Falle die Wahl unter einem vornehmen lassen. – Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die auch diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. – Dies ist die Stimmeneinhelligkeit. Auch dieser Vorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen?

Bundesrat **Mayer**: Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat **Schipani**: Ich nehme die Wahl an.

4. Punkt: Ausschlußergänzungswahlen

Vorsitzender: Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Ausschlußergänzungswahlen.

Durch das Ausscheiden von Mitgliedern des Bundesrates und der vom Salzburger und

Niederösterreichischen Landtag durchgeführten Neuwahlen sind Ausschlußergänzungswahlen notwendig geworden.

Die eingereichten Wahlvorschläge wurden vervielfältigt und an alle Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über die Wahlvorschläge unter einem und durch Handzeichen abstimmen lassen. – Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Bundesrates, die den Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. – Die Wahlvorschläge sind somit angenommen.

Ein Verzeichnis der neu- beziehungsweise wiederbesetzten Ausschlußmandate wird dem Stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen. (S. 13681)

Die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, daß seit der letzten Sitzung des Bundesrates folgende Berichte der Bundesregierung eingelangt sind:

Bericht der Bundesregierung über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsanstalt im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik (Finanzjahr 1978) (III-66-BR/79 der Beilagen),

Bericht der Bundesregierung über die Situation der Familie in Österreich (Familienbericht 1979) (III-67-BR/79 der Beilagen) sowie ein

Außenpolitischer Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1978 (III-68-BR/79 der Beilagen).

Ich habe

den Bericht III-66-BR/79 dem Rechtsausschuß,

den Bericht III-67-BR/79 dem Sozialausschuß und

den Bericht III-68-BR/79 dem Außenpolitischen Ausschuß

zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 12. Juli 1979, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschlußvorberatungen sind für Dienstag, den 10. Juli 1979, ab 16 Uhr vorgesehen.

Schlußansprache

Vorsitzender **Göschelbauer**: Hoher Bundesrat! Mit dieser Sitzung endet das Halbjahr, in dem ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu führen.

Ich habe am Beginn der Amtsperiode die Bemerkung gemacht, daß in diesem Halbjahr sowohl Nationalratswahlen als auch Wahlen zum Landtag des Bundeslandes Niederösterreich, das mich in dieses Hohe Hause berufen hat, durchgeführt werden.

Ich habe damals an alle Mitglieder des Bundesrates auch das Ersuchen gerichtet, die Auseinandersetzungen für diese Wahlen so zu führen, daß wir uns nach diesen Wahlen wieder zur gemeinsamen Arbeit treffen können und die gegenseitige Achtung des politisch Andersdenkenden bewahrt wird.

Ich möchte daher diese Gelegenheit dazu

benutzen, Ihnen für die Unterstützung bei meiner Amtsführung zu danken sowie auch an die vielen neuen Mitglieder des Bundesrates zu appellieren, dem besonderen Geist der Zusammenarbeit zu folgen, der in dieser Kammer Tradition ist.

Als langjähriges Mitglied dieses Hauses bin ich davon überzeugt, daß das im Bundesrat vorherrschende Klima der sachlichen Auseinandersetzung und der gegenseitigen Achtung eine politische Bedeutung für unser Land hat, die in der Öffentlichkeit oft nicht voll wahrgenommen wird.

Mein Dank gilt auch allen Bediensteten der Administration des Parlaments und ebenso jenen aller Ressorts, die in wirkungsvoller Weise mich beziehungsweise die Tätigkeit des Bundesrates unserer Arbeit beigetragen haben.
(Allgemeiner Beifall.)

Ich schließe somit die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 55 Minuten

Anhang**Schreiben des Bundeskanzlers betreffend die Amtsenthebung, die einstweilige Fortführung der Geschäfte und die neuerliche Ernennung der bisherigen Bundesregierung**

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Ich beehre mich die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 9. Mai 1979, Zl. 1002-1/79, auf Grund meines Vorschlages, der auf einem entsprechenden Beschluß der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 8. Mai 1979 und den diesbezüglichen Ersuchen der Staatssekretäre Elfriede Karl, Dr. Franz Löschnak, DDr. Adolf Nussbaumer und Albin Schober beruht, die Bundesregierung und die Staatssekretäre gemäß Artikel 74 Absatz 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 ihrer Ämter enthoben und gleichzeitig die Mitglieder der Bundesregierung gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung mit der Fortführung der Verwaltung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut hat.

Ferner hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die Abgeordnete zum Nationalrat Elfriede Karl, den Senatsrat Dr. Franz Löschnak und den o. Univ. Prof. DDr. Adolf Nussbaumer zu Staatssekretären ernannt und mir zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung sowie den Kammerrat der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kärnten Albin Schober zum Staatssekretär ernannt und dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung beigegeben.

Kreisky"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 5. Juni 1979, Zl. 1001/16/79, mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung von der Fortführung der Geschäfte sowie die Staatssekretäre von ihren Ämtern enthoben hat.

Kreisky"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 5. Juni 1979, Zl. 1002/1/79, mich gemäß Artikel 70, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsge-

setzes in der Fassung von 1929 zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag ernannt:

Gemäß Artikel 70, Absatz 1, in Verbindung mit Artikel 77, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Hannes Androsch zum Vizekanzler und zum Bundesminister für Finanzen,

gemäß Artikel 70, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Sektionschef Dr. Willibald Pahr zum Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,

den Abgeordneten zum Nationalrat Josef Moser zum Bundesminister für Bauten und Technik,

die Primaria Dr. Ingrid Leodolter zum Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Vw. Dr. Josef Staribacher zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie,

den Abgeordneten zum Nationalrat Erwin Lanc zum Bundesminister für Inneres,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Christian Broda zum Bundesminister für Justiz,

den Abgeordneten zum Nationalrat Otto Rösch zum Bundesminister für Landesverteidigung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Günter Haiden zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

Dr. Gerhard Weißenberg zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fred Sinowatz zum Bundesminister für Unterricht und Kunst,

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Lausecker zum Bundesminister für Verkehr,

die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Hertha Firnberg zum Bundesminister für Wissenschaft und Forschung,

gemäß Artikel 70, Absatz 1, in Verbindung mit Artikel 78, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

die Abgeordnete zum Nationalrat Elfriede Karl zum Staatssekretär,

den o. Univ. Prof. DDr. Adolf Nussbaumer zum Staatssekretär,

den Senatsrat Dr. Franz Löschnak zum Staatssekretär

und hat sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundeskanzler beigegeben,

gemäß Artikel 70, Absatz 1, in Verbindung mit Artikel 78, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Kammerrat Albin Schober zum Staatssekretär

und hat ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft beigegeben.

Kreisky''

13678

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Noten der Landtage

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates
Die Bundesräte DDr. Rupert Gmoser und Rudolf Tirnthäl sowie deren Ersatzmänner LAbg. Bürgermeister Gerhard Heidinger und LAbg. Josef Zinkanell haben mit Datum vom 11. bzw. 14. Mai 1979 ihr Mandat zurückgelegt.

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 15. Mai 1979 wurden nun namens der Sozialistischen Partei gewählt:

Anstelle des Bundesrates DDr. Rupert Gmoser Dr. Martin Wabl, Fürstenfeld, Fehringerstraße 52, zum Mitglied und LAbg. Bürgermeister Gerhard Heidinger neuerlich zum Ersatzmitglied;

anstelle des Bundesrates Rudolf Tirnthäl Bezirkssekretär Adolf Kräutl, Rottenmann 222, zum Mitglied und LAbg. Josef Zinkanell neuerlich zum Ersatzmitglied.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages:

Dr. H. Koren"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, Herrn Michael Göschelbauer

Der am 25. März 1979 neugewählte Salzburger Landtag hat in seiner Sitzung am 16. Mai 1979 gemäß Art. 35 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der sich aus Art. III Abs. 2 des 2. Verfassungs-Überleitungsgesetzes 1945, StBGl. Nr. 232/1945 ergebenden Fassung und unter Bedachtnahme auf die Entschließung des Herrn Bundespräsidenten vom 2. Februar 1972, BGBl. Nr. 37, betreffend die Festsetzung der Zahl der von den Ländern in den Bundesrat zu entsendenden Mitglieder,

a) als vom Lande Salzburg in den Bundesrat zu entsendende Mitglieder

1. Konsul Dkfm. Dr. Hans Heger, geb. 7. Dezember 1915, Gesellschafter der Firma Bauer Austria Ges. m. b. H., wohnhaft 5020 Salzburg, Gaisbergstraße 30 (ÖVP)

2. Peter Köpf, geb. 19. Oktober 1939, Geschäftsführer, wohnhaft 5020 Salzburg, Münchner Bundesstraße 91 (SPÖ)

3. Johann Mayer, geb. 14. Mai 1922, Gendarmerie-Kontrollinspektor, Bürgermeister von Anthering, wohnhaft 5102 Anthering 77 (ÖVP)

b) als Ersatzmänner

1. Dkfm. Dr. Helmut Frauscher, geb. 20. Mai 1934, Kaufmann, wohnhaft 5020 Salzburg Lichtensteinstraße 20 (ÖVP)

2. August Primig, geb. 21. August 1925, Spengler, Betriebsratsobmann, Bürgermeister von Lend, wohnhaft 5651 Lend 137 (SPÖ)

3. Dipl.-Ing. Bruno Wuppinger, geb. 16. August 1943, Agrarbaurat, wohnhaft 5020 Elixhausen 169 (ÖVP) gewählt.

Hievon beehre ich mich mit dem Beifügen die Mitteilung zu machen, daß damit gemäß Art. 35 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der erwähnten Fassung die Funktion der vom Salzburger Landtag für die Gesetzgebungsperiode 1974-1979 gewählten Mitglieder (Ersatzmänner) des Bundesrates erloschen ist.

Der Präsident des Salzburger Landtages:

Schmindinger"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, ÖR Michael Göschelbauer

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Bundesrates!

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Kärntner Landtag in seiner 35. Sitzung am 18. Mai 1979, gemäß Art. 35 B-VG, anstelle des ausgeschiedenen Ersatzmitgliedes Waltraud Miskiewicz über Vorschlag des SPÖ-Landtagsklubs

Frau Dr. Helga Hieden, Sonnengasse 14, 9020 Klagenfurt als Ersatzmitglied für das Mitglied des Bundesrates Käthe Kainz gewählt hat.

Um weitere Veranlassung darf gebeten werden.

Der Präsident des Kärntner Landtages:

Tillian"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, Herrn Ökonomierat Michael Göschelbauer

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Bundesrates!

Die Mitglieder des Bundesrates Josef Hesoun, Dr. Robert Lichal und Dkfm. Robert Löffler haben nach den in Ablichtung beiliegenden Erklärungen ihr Mandat mit Wirkung vom 5. Juni 1979 zurückgelegt, weil sie am 6. Mai 1979 als Abgeordnete in den Nationalrat gewählt wurden.

Die gemäß Art. 35 Abs. 3 B-VG erforderliche Wahl in den Bundesrat wird der Landtag von Niederösterreich am Donnerstag, dem 21. Juni 1979, vornehmen.

Ich ersuche um weitere Veranlassung und teile mit, daß die Hauptwahlbehörde gleichlaufend verständigt wurde.

Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung.

Der Präsident des Landtages von Niederösterreich:

Dipl.-Ing. Robl"

„An die Parlamentsdirektion, z. H. d. Herrn Parlamentsvizedirektor Dr. Reinhold Ruckser

Sehr geehrter Herr Parlamentsvizedirektor!

Das Präsidium des Tiroler Landtages beehrt sich mitzuteilen, daß Frau Bundesrat Wanda Brunner in einem Schreiben vom 29. Mai 1979 (eingelangt am 29. Mai 1979) mitteilt, mit sofortiger Wirkung auf ihr Mandat im Bundesrat zu verzichten.

Bundesrat Karl Pischl teilt mit Schreiben vom 29. Mai 1979 (eingelangt am 29. Mai 1979) mit, daß er sein Mandat mit dem Tag der Angelobung im Nationalrat zurücklegt.

Als Ersatzmitglied des Bundesrates für Frau Wanda Brunner hat der Tiroler Landtag in seiner konstituierenden Sitzung vom 1. Juli 1975 Frau Adele Obermayr gewählt. Diese hat mit Schreiben vom 14. Mai 1979 (eingelangt am 14. Mai 1979) ihre Funktion als Ersatzmitglied des Bundesrates zurückgelegt.

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 28. Mai 1979 als Ersatzmitglied an Stelle von Frau Adele Obermayr Herrn Dr. Heinrich Keller, geb. am 17. März 1940, wohnhaft in Innsbruck, Planötzenhofstraße 31, gewählt. Dieser tritt nunmehr an Stelle von Frau Wanda Brunner als Mitglied des Bundesrates.

An die Stelle von Bundesrat Karl Pischl tritt der in der konstituierenden Sitzung des Tiroler Landtages am 1. Juli 1975 als Ersatzmitglied gewählte Anton Raffl, geb. am 23. April 1939, wohnhaft in Haiming, Siedlungsstr. 5.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung.

Der Landtagspräsident:

Dr. Lugger"

„Herrn Vorsitzenden des Bundesrates, ÖR Michael Göschelbauer

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Bundesrates!

Ich beehre mich Ihnen mitzuteilen, daß das vom Kärntner Landtag in seiner konstituierenden Sitzung am 19. März 1975 über Vorschlag der ÖVP gewählte Mitglied des Bundesrates

Herr Gerhard Koppensteiner auf dieses Mandat, mit Wirksamkeit vom 4. Juni 1979, verzichtet hat.

Weiters hat das in der oben angeführten Sitzung des Landtages über Vorschlag der ÖVP gewählte Ersatzmitglied Frau Relinda Schön, mit Schreiben vom 28. Mai 1979, ihre Funktion als Ersatzmitglied für das Mitglied des Bundesrates Koppensteiner zurückgelegt.

Die Nachwahlen auf diese freigewordenen Funktionen werden in der kommenden Sitzung des Kärntner Landtages, voraussichtlich am 12. Juni 1979, erfolgen.

Im Hinblick darauf, daß Herr Koppensteiner anlässlich der Nationalratswahl vom 6. Mai 1979 auf der Liste der ÖVP als Mitglied des Nationalrates gewählt worden ist, darf ich höflichst ersuchen, die Hauptwahlbehörde beim Innenministerium von der Zurücklegung des Bundesratsmandates in Kenntnis zu setzen.

Der Präsident des Kärntner Landtages:

Tillian"

„Herrn Vorsitzenden des Bundesrates, ÖR Michael Göschelbauer

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Bundesrates!

Das über Vorschlag der SPÖ in der konstituierenden Sitzung des Landtages am 19. März 1975 gewählte Mitglied des Bundesrates Käthe Kainz hat mit Schreiben vom 11. Juni 1979 mitgeteilt, daß sie mit sofortiger Wirkung ihr Mandat als Mitglied des Bundesrates zurücklegt. Da ex lege diese Funktion auf das in der Sitzung des Landtages am 18. Mai 1979 gewählte Ersatzmitglied Dr. Helga Hieden übergegangen ist, wird um Einberufung der Genannten zur nächsten Sitzung des Bundesrates gebeten.

Weiters darf mitgeteilt werden, daß in der heutigen Sitzung Frau Rosl Moser, Angestellte, 9602 Thörl-Maglern 32, als Ersatzmann für das Mitglied des Bundesrates Dr. Helga Hieden, gewählt wurde.

Wie bereits mit Schreiben vom 31. Mai 1979 mitgeteilt, hat das seinerzeit über Vorschlag der ÖVP gewählte Mitglied des Bundesrates Gerhard Koppensteiner mit Wirkung vom 4. Juni 1979 sein Mandat zurückgelegt; dessen Ersatzmann Frau Relinda Schön hat ebenfalls mit Wirkung vom 28. Mai 1979 auf die Ausübung dieser Funktion verzichtet.

In der heutigen Sitzung des Landtages wurden an deren Stelle

Dr. Herwig Hofer, geb. 24. 9. 1940, Angestellter, Klagenfurterstraße 39, 9300 St. Veit/Glan als

13680

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Mitglied des Bundesrates und als dessen Ersatzmann

Prof. Hugo Reinprecht, geb. 7. 1. 1938, Bundesbediensteter, Harbacherstraße 1/2/10, 9020 Klagenfurt, gewählt.

Hiezu darf um weitere Veranlassung ersucht werden.

Der Präsident des Kärntner Landtages:

Tillian"

„An die Parlamentsdirektion, zuhanden des Herrn Parlamentsvizedirektors Dr. Reinhold Ruckser

Es wird mitgeteilt, daß Herr Bundesrat Walter Heinzinger sein Mandat mit Wirkung vom 31. Mai 1979 zurückgelegt hat.

Für ihn rückt das bisherige Ersatzmitglied Präsident Anton Nigl vor.

Es ist daher erforderlich, ein neues Ersatzmitglied zu wählen. Vorgesehen hierfür ist Herr Prof. Manfred Schlögl, Ring 156, 8230 Hartberg (geb. 1940).

Da die für 6. Juni 1979 vorgesehene Landtags-sitzung ausgefallen ist, kann die Wahl erst in der nächsten Landtagssitzung am 26. Juni 1979 erfolgen.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages:

Dr. H. Koren"

„An den Vorsitzenden des Bundesrates, Herrn Michael Göschelbauer

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner 4. Sitzung am 21. Juni 1979 die Wahl der Mitglieder, die vom Landtag in den Bundesrat entsendet werden, und ebenso die Wahl der Ersatzmänner vorgenommen.

Als Mitglieder wurden gewählt:

1. Göschelbauer Michael, Bauer, 3041 Asperhofen 26,

2. Schambeck Dr. Herbert, Univ.-Prof., Uetzgasse 3, 2500 Baden,

3. Maderthaner Ing. Leopold, Erzeuger von Neonanlagen, Ardagger Straße 90, 3300 Amstetten,

4. Eder Ing. Anton, Bauer, 3650 Landstetten 4,

5. Stocker Franz, Elektromonteur, Gymelsdorfer Straße 9, 2700 Wr. Neustadt,

6. Berl Dipl.-Ing. Franz, Bauer, Wienerstraße 14, 2361 Laxenburg,

7. Schickelgruber Hans, BezSchulinsp., Bgm., Christian-Artlgasse (Neubau), St. Pölten,

8. Schipani Helmut, Elektriker, Missongasse 26/6, 3500 Krems,

9. Steinle Stefan, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil - Bekleidung - Leder, Schwadorferstraße 9/2/1, 2435 Ebergassing,

10. Votruba Traude, Hausfrau, Alleegasse 34, 2603 Felixdorf,

11. Windsteig Johann, Bundesbahnbeamter, 2272 Niederabsdorf 149.

Als Ersatzmänner wurden gewählt:

1. Kressl Franz, Bauer, 3240 Ritzenberg 2,

2. Stricker Adolf, Pflichtschullehrer, Wienerstr. 20, 3100 St. Pölten,

3. Scheicher Dkfm. Rudolf, Dir., Wirtschaftstreuhänder, Emmerich-Kalman-Gasse 21, 2700 Wr. Neustadt,

4. Kleestorfer Ing. Hans, Landwirtschaftslehrer, Wolfgangstraße 180, 3970 Weitra,

5. Kieweg Julius, Privatang. - Werbeleiter, Schießstattg. 12, 2000 Stockerau,

6. Obenaus Alois, Bgm., Bauer und Weinbauer, Hauptstraße 53, 3471 Großriedenthal,

7. Pasruck Franz, Bgm., Hauptstraße 18, 3423 St. Andrä-Wördern,

8. Ableidinger Franz, Sekretär, 3943 Niederschrems 82,

9. Auer Helene, Sekretärin, Hauptstraße 26, 2522 Oberwaltersdorf,

10. Stepancik Kurt, Bgm., Hennersdorferstr. 115, 2481 Achau,

11. Konecny Theodora, Kindergarteninspektorin, Neubaugasse 1, 2261 Angern/March.

Die Kanzlei des Vorsitzenden des Bundesrates, zuhanden des Herrn Parlamentsvizedirektors und Kanzleidirektors des Bundesrates, Dr. Reinhold Ruckser, ist verständigt, und ebenso das Bundeskanzleramt, Sektion VI, Abteilung 2.

Der Präsident des Landtages von Niederösterreich:

Dipl.-Ing. Robl"

Besetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (386.) Sitzung vom 22. Juni 1979 durchgeführten Ausschüßergänzungswahlen

Außenpolitischer Ausschuß

Mitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (bisher Dkfm. Robert Löffler), Dr. Erika Danzinger (bisher Karl Pischl), Dr. Hans Heger (so wie bisher), Peter Köpf (bisher Wolfgang Radlegger), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Traude Votruba (bisher Josef Hesoun), Dr. Martin Wabl (bisher DDr. Rupert Gmoser)

Ersatzmitglieder: Dr. Herwig Hofer (bisher Dr. Erika Danzinger), Anton Nigl (bisher Walter Heinzinger), Anton Raffl (bisher Dr. Robert Lichal), Hans Schickelgruber (so wie bisher), Stefan Steinle (so wie bisher), Johann Windsteig (so wie bisher)

Finanzausschuß

Mitglieder: Dr. Hans Heger (so wie bisher), Dr. Herwig Hofer (bisher Gerhard Koppensteiner), Peter Köpf (bisher Wolfgang Radlegger), Johann Mayer (so wie bisher), Hans Schickelgruber (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Ing. Anton Eder (so wie bisher), Adolf Kräutl (bisher Rudolf Tirnthal), Anton Nigl (bisher Walter Heinzinger), Hellmuth Schipani (so wie bisher), Stefan Steinle (so wie bisher)

Geschäftsordnungsausschuß

Mitglieder: Dr. Hans Heger (so wie bisher), Anton Raffl (bisher Karl Pischl), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Hellmuth Schipani (so wie bisher), Johann Windsteig (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (so wie bisher), Ing. Anton Eder (so wie bisher), Michael Göschelbauer (so wie bisher), Adolf Kräutl (bisher Rudolf Tirnthal), Traude Votruba (bisher Josef Hesoun)

Rechtsausschuß

Mitglieder: Michael Göschelbauer (so wie bisher), Dr. Helga Hieden (bisher Käthe Kainz), Dr. Walter Macher (bisher Gerhard Koppensteiner), Eduard Pumpernig (bisher Dr. Robert Lichal), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Dr. Martin Wabl (bisher DDr. Rupert Gmoser), Johann Windsteig (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (so wie bisher), Dr. Heinrich Keller (bisher Wanda Brunner), Adolf Kräutl (bisher Rudolf Tirnthal), Anton Nigl (bisher Walter Heinzinger), Franz Stocker (bisher Dr. Walter Macher), Peter Stoppacher (bisher Eduard Pumpernig), Traude Votruba (bisher Josef Hesoun)

Sozialausschuß

Mitglieder: Dr. Helga Hieden (bisher Käthe Kainz), Dr. Herwig Hofer (bisher Gerhard Koppensteiner), Dr. Heinrich Keller (bisher Wanda Brunner), Hellmuth Schipani (so wie bisher), Rudolf Sommer (bisher Dr. Robert Lichal), Stefan Steinle (so wie bisher), Franz Stocker (bisher Karl Pischl)

Ersatzmitglieder: Ing. Anton Eder (so wie bisher), Ing. Leopold Maderthaner (bisher Dkfm. Robert Löffler), Johann Mayer (so wie bisher), Anton Raffl (bisher Rudolf Sommer), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Traude Votruba (bisher Josef Hesoun)

Unterrichtsausschuß

Mitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (so wie bisher), Dr. Erika Danzinger (bisher Dr. Robert Lichal), Dr. Herwig Hofer (bisher Karl Pischl), Peter Köpf (bisher Wolfgang Radlegger), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Hans Schickelgruber (so wie bisher), Dr. Martin Wabl (bisher DDr. Rupert Gmoser)

Ersatzmitglieder: Dr. Helga Hieden (bisher Käthe Kainz), Dr. Heinrich Keller (bisher Wanda Brunner), Johann Mayer (so wie bisher), Anton Nigl (bisher Walter Heinzinger), Johann Windsteig (so wie bisher)

Unvereinbarkeitsausschuß

Mitglieder: Michael Göschelbauer (bisher Walter Heinzinger), Waltraud Klasnic (bisher Gerhard Koppensteiner), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Hellmuth Schipani (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Anton Nigl (bisher Michael Göschelbauer), Franz Stocker (bisher Waltraud Klasnic)

13682

Bundesrat - 386. Sitzung - 22. Juni 1979

Wirtschaftsausschuß

Mitglieder: Ing. Anton Eder (so wie bisher), Dr. Hans Heger (so wie bisher), Adolf Kräutl (bisher Rudolf Tirnthal), Ing. Leopold Maderthaner (bisher Dkfm. Robert Löffler), Johann Mayer (so wie bisher), Hans Schickelgruber (so wie bisher), Stefan Steinle (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (so wie bisher), Dr. Helga Hieden (bisher Käthe Kainz), Dr. Herwig Hofer (bisher Gerhard Koppensteiner), Franz Stocker (bisher Dr. Robert Lichal), Johann Windsteig (so wie bisher)

Ständiger gemeinsamer Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Mitglieder: Ing. Anton Eder (so wie bisher), Dr. Hans Heger (so wie bisher), Dr. Herbert Schambeck (so wie bisher), Hans Schickelgruber (so wie bisher)

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Franz Berl (so wie bisher), Michael Göschelbauer (so wie bisher), Dr. Helga Hieden (bisher Käthe Kainz), Peter Köpf (bisher Wolfgang Radlegger), Adolf Kräutl (bisher Rudolf Tirnthal), Anton Raffl (bisher Karl Pischl)